

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Vorant

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

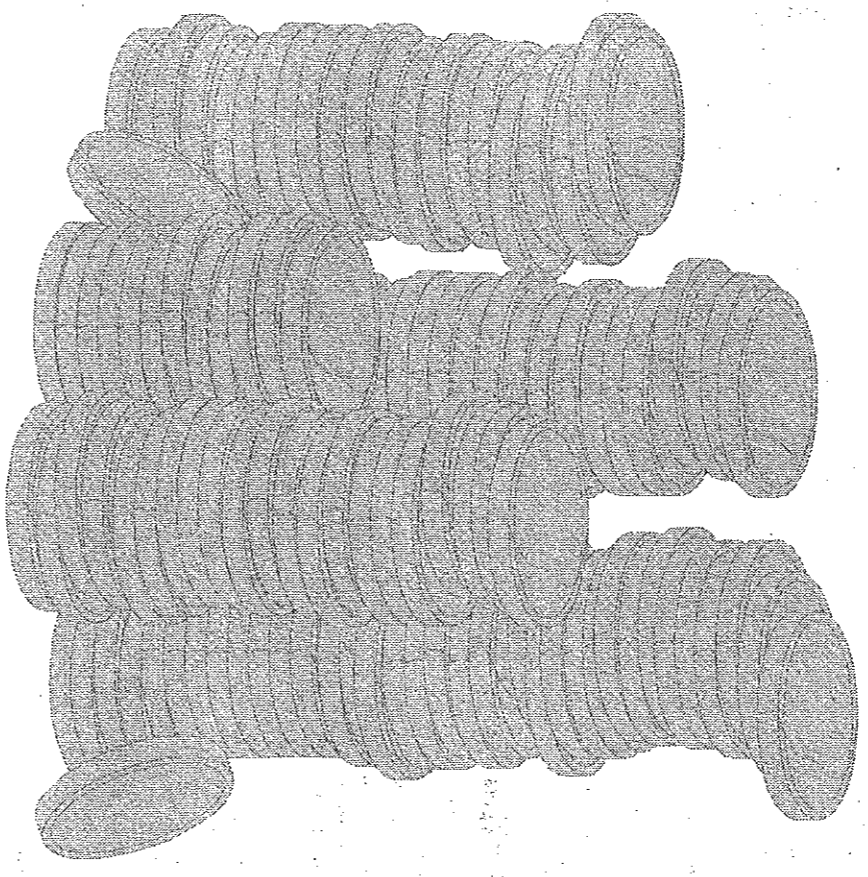
C 10321 E

Nr. 178 März 1996

Geld ist sensus dar

nur in den

falschen Händen!



„Von den 9200 Milliarden DM Geldvermögen in Deutschland besitzt das obere 1% fast ein Viertel, nämlich 24%, die unteren 50% teilen sie dagegen ganze 2,5%.“ beklagte sich der frühere SPD-Oberbürgermeister von München, Kronawitter, in einer TV-Talkshow. Dies sei ein Skandal, bei den oberen Zehntausend sei was zu holen.

Angela Bankert, SAU Köln

9.200 Milliarden DM privates Geldvermögen - das ist das 18fache des gesamten Bundeshaushalts. Und während eine winzige Minderheit auf der

Masse dieses Vermögens hockt und es sich gut gehen läßt, redet man uns ein, wir müssen den Gürtel enger schnallen, der Sozialstaat sei nicht mehr finan-

zierbar.

Alle Parteien klagen, die Steuerlast sei zu hoch. Aber für wen?

Durch Abschreibungen, Bilanztricks, Steuerflucht, Nutzung der zahlreichen Sonderregelungen im Steuerrecht ist die Belastung der Reichen und der Unternehmer in Wirklichkeit ziemlich gering. Die tatsächliche Steuerlast der Unternehmen beträgt laut WSI nur 20 %.

Und sie sollen noch weiter entlastet werden, denn die Regierung plant die Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer.

Dagegen sind die Verbrauchern wie Mehrwert-, Tabak- Mineralsteuer, die vor allem die Masse der Bevölkerung zahlt, immer weiter angestiegen. Von Steueraufkommen des Staates machen diese Steuern mittlerweile 72 % aus, ein Anstieg von 11 %

seit 1983. Der Steueranteil der Reichen sank dagegen von 13 % auf 5,7 im gleichen Zeitraum.

Das ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.

Die Staatsverschuldung trägt ein übriges dazu bei, denn von Staatsanleihen profitieren diejenigen am meisten, die viel Geld auszuliehen haben: die Banken und die Vermögensgüter. Die Masse darf dagegen per Steuern die Zinslast bezahlen, die mittlerweile ein Viertel aller Staatsausgaben

beträgt.

Das ganze Gerede von den leeren öffentlichen Kassen ist daher verlogen. Durch diese Steuerpolitik sowie unkontrollierte Subventionen an Konzerne (siehe Vulkan) oder Privatfirmen gewinnbringender öffentlicher Betriebe (z.B. Telekom) werden die Staatskassen bewußt leergefegt. Und uns werden immer weitere Sozialkürzungen zugemutet.

Die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Ihnen macht es auch nichts aus, durch private Vorsorge ihre Gesundheits- und Alterssicherung zu bestreiten.

Wir können uns das nicht leisten. Deswegen gehört dieses System gründlich umgekrempelt, z. B. durch

- ★ Einstellung der Zinszahlungen
- ★ Einleitung der Banken
- ★ eine einfache, progressive Einkommensteuer für alle bei hohen Freibeträgen

Die Klagen des SPD-Manns Kronawitter über soziale und steuerliche Ungerechtigkeiten stehen im Gegensatz zur Politik seiner Partei. Die nämlich redet auch vom „Umbau“, spricht Abbau des Sozialstaates. Dasselbe gilt für die Grünen. Von Politikern, die selber mit den Herrschenden verbunden sind, können wir nicht erwarten, daß sie sich mit ihnen anlegen.

Aber genau das wäre nötig: ein entschiedener Kampf gegen

Kapital, Banken und Geldadel.

Oft wird eingewendet, die Verteilung des Reichtums brähe jedem Einzelnen nur ein paar Mark mehr und löse nichts. Abgesehen davon, daß beim heutigen obzönen Reichtum weit mehr als ein paar Mark für jeden rauspringen würde, geht es darum gar nicht.

Die deutschen Unternehmen haben in ihren „Kriegskassen“ 1.000 Milliarden DM. Damit wird spekuliert und Zinsgewinne eingefahren, statt zu investieren. Allein mit diesem Kapital könnten Millionen in Arbeit und Brot gebracht werden, die dann wiederum durch ihre Arbeit zu weiteren gesellschaftlichen Reichtum beitragen könnten. Wir wollen das Vermögen nicht verfrüchtlichen, sondern investieren und gesellschaftlich nutzbringend einsetzen. Und das Vermögen ist ja nicht nur einmal vorhanden, sondern wird jedes Jahr neu erwirtschaftet.

Der gesellschaftliche Reichtum gehört unter Kontrolle derjenigen, die ihn auch erwirtschaften. Und das sind nicht die Hennemanns, Rentiers und Piechs, sondern die Werft- und Automobil-Arbeiter, die arbeitende Bevölkerung insgesamt.

Es wird Zeit, daß wir uns die Ausplünderung durch die Reichen nicht mehr gefallen lassen, sondern dagegen aktiv werden. Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen!



Busenfreundin Schröder und Piech samt Gattinnen beim Wiener Opernbali. Uns predigen sie Wasser, sie selbst trinken Champagner

Vulkan-Krise und Betriebsbesetzung

Ihr da oben ...



Offener Herz

Heimlichnerei kann man Gerhard Schröder nicht vorwerfen: er ist von verblüffender Offenheit. Während andere Politiker ihren Zynismus und ihre Verflanzungen verstecken, liegen sie bei ihm auf der Hand. Einschnitte bei den Sozialleistungen müssen hergesprach's und jetzt zum Openball nach Wien. Kaum spricht er sich gegen die von der Autoindustrie abgelehnte ökologische Steuerreform aus, bekommt er von VW-Chef Piech auch schon ein Geschenk dafür.

Die Medien regen sich gehäuft über solche Politiker auf, aber die Dranzzieher im Hintergrund bleiben ungeschoren. Zur Korruption gehören immer zwei Seiten: einer, der annimmt, und einer, der verteilt. Wer regt sich eigentlich über die Herren Piech & Co auf?

Lotterleben

Spiegel-TV berichtete über ein erfolgreiches Unternehmer-Ehepaar, das von Deutschland in die USA ausgewandert war und dort seit 13 Jahren einen mittleren Betrieb führt. (Spiegel-TV vom 28.1.)

Befragt zu seiner Einschätzung unternehmerischer Rahmenbedingungen im Ländervergleich sagte Herr Wagner u.a.: „Dieses Lotterleben in Deutschland mit 6 Wochen Urlaub und 3 Tage bezahlt kriegen bei Krankheit - davon muß man runter, wenn man exportieren will.“ Und seine Gattin pflichtete bei: „Wir beuten hier nicht aus... Schon nach einem Jahr geben wir eine Woche Urlaub. Wir bezahlen auch die Feiertage und geben manchmal einen halben Tag frei, z.B. Weihnachten.“

Wenn die deutschen Arbeitnehmer erst vom Lotterleben befreit sind, werden sie für solche großzügigen Regelungen sicher dankbar sein.

Über-flüssig

Die Firma Siemens, die Bank mit angegliederter Elektroabteilung“ (Börsensprache), hatte im Geschäftsjahr 1993/94 flüssige Mittel in Höhe von 22 Milliarden DM. Die Zinsentzüge aus der Anlage dieser „Kriegskasse“ an den Finanzmärkten machen im gleichen Jahr 3 Milliarden DM aus.

Siemens ist nicht das einzige Unternehmen mit gutgefüllter Kriegskasse. Doch steht massiv zu investieren statt Arbeitsplätze abhandeln und Reallohnkürzungen für die Belegschaften weiter.



hier unten ... wir

Echte Rentenreform statt Sozialer Kahlschlag

Kaum hatten sich die Abgeordneten des Bundestages mit der Diätenhöhung auch ihre Altersversorgung verbessert, bliesen sie zum Angriff auf die Masse der Rentempfünger. Die Abgeordneten erhalten nach 18 Jahren Parlamentszugehörigkeit und ab dem 55. Lebensjahr den Höchststanz von 75 % ihrer Diäten. Und die Diäten sind 1998 bei 13.800 Mark angelangt. Das ist aber noch nicht alles. Pensionen, die sie als Staatsbeamte, Bürgermeister oder Minister erhalten, werden ihnen nur zur Hälfte angerechnet. De facto heißt das, daß ein Abgeordneter im Ruhestand ein höheres Monatsinkommen hat als vorher. Ein Arbeiter muß 45 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung einbezahlt haben, um frühestens ab 60 Jahren gerade mal 70 % seines letzten Nettolohns zu bekommen.

Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Immer weniger Beschäftigte schaffen so eine lange Versicherungszeit. Wer Glück hat, bekommt ein paar hundert Mark oben drauf aus der betrieblichen Altersversorgung. Das soll sich alles ändern. Aber nicht wie bei den Abgeordneten nach oben, sondern nach unten.



IGM-Demonstration am 12. Februar in Bonn: trotzdem schloß Zwickel einen faulen Rentenkompromiß

Hauptgrund wird genannt: sinkende Geburtenrate bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Rentner und erhöhter Lebenserwartung. Mit dem Argument der Alterspyramide wird von den tatsächlichen Ursachen der leeren Sozialkassen abgelenkt. Ebenso wie früher ein Landwirt nur drei Personen ernähren konnte, heute dagegen die vielfache Anzahl, so ist hinsichtlich der Renten die Frage nicht, wieviele Alte es gibt, sondern wie produktiv eine Gesellschaft ist und wie das erwirtschaftete Vermögen verwendet wird.

„Früher sind die Leute mit 35 Jahren fröhlich gestorben, heute jammern sie sich bis 80 durch.“

Norbert Blum

wurde den Rentnern ein Krankenkassenbeitrag abgezogen, der seither ständig erhöht wird. Die sogenannte Rentenreform 1989 brachte mit Zustimmung der SPD die Umstellung von der Brutto- auf die Nettolohnanpassung und sogar eine stufenweise Erhöhung des Rententalters auf 65 Jahre für Männer ab dem Jahr 2006 und für Frauen auf 63 ab dem Jahr 2012. Die Unternehmer haben mit dem Ausstieg aus der Betriebskassen begonnen. Und die Rentenbeiträge steigen immer weiter. Seit Januar 1996 sind es 19,2%.

Nicht mehr finanzierbar?

Die Propaganda von Unternehmen, Politikern und Medien versucht uns einzuhämmern, das gegenwärtige Rentensystem sei nicht mehr finanzierbar. Als

Zum Beispiel die Unternehmer, die Beschäftigte nicht sozialversicherungsspflichtig anstellen, die Beservedienenden und Reichen. Statt über verschleierte Leistungsfremde in der Rentenkasse zu lamentieren und die Kosten von einer Kasse in die nächste zu verschieben und wäre es besser, gleich auf eine staatliche Rentenfinanzierung umzustellen, bei der jeder entsprechend seinem Einkommen zur Kasse gebeten wird.

Umverteilung

Vorruhestand und Frühverrentung wurde von Blum als Waftre gegen den gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche geschaffen. Mit ihrer Hilfe haben die Unternehmer ältere KollegInnen aus dem Betrieb gedrängt und die Kosten der von ihnen verursachten Arbeitslosigkeit auf die Sozialkassen abgewälzt. Die Kosten für 100.000 Frührentner werden auf 23,7 Milliarden DM geschätzt. Davon tragen die Unternehmer über Sozialpläne gerade mal 1,8 Milliarden, die Arbeitslosenversicherung 9,2 Milliarden und die Rentenversicherung 12,7 Milliarden. Anfang 1996 gab es 750.000 Arbeitslose über 55 Jahre von denen 650.000 potentielle Frührentner sind.

Nachdem die Gewerkschaften den Kampf um Arbeitszeiterkürzung mit vollem Lohnausgleich aufgegeben haben, haben Blum und Co. auch ihre Frühverrentungs-Waftre nicht mehr nötig und werfen sie über Bord.

Die Gewerkschaften haben der ganzen heuchlerischen Propaganda von den leeren Ren-

tenkassen nichts entgegengesetzt. In der Kanzlerunde mit Regierung und ArbeitgeberInnen haben sich die Gewerkschaftsführer auf massive Verschleierungen eingelassen und dies gegenüber der Mitgliedschaft auch noch als Erfolg verkauft.

Das Renteneintrittsalter für Arbeitslose wird stufenweise von jetzt 60 Jahren auf 63 im Jahr 1999 erhöht. Und für jedes Jahr Frühverrentung vor dem offiziellen Rententalter von 65 müssen sie einen Abschlag von 3,6% in Kauf nehmen. Welcher Kollege kann sich das leisten?

Das bisherige System der Frühverrentung wird abgelöst durch die sogenannte Alterszeitzeit: 55jährige sollen nur noch die halbe Zeit arbeiten und von den Unternehmen auch nur noch den halben Lohn bekommen, spricht Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Das Arbeitsamt soll den Lohn auf 70% des bisherigen Nettolohns und die Rentenbeiträge auf 90% aufstocken unter der Bedingung, daß die freiverwendende Stelle wieder besetzt wird. Diesen massive Abbau des Realeinkommens wird

kaum ein Beschäftigter verkraften. Außerdem ist unwahrscheinlich, daß die Unternehmer entsprechende Teilzeistellen schaffen, geschweige dem Stellen wiederbesetzen.

Das Ganze läuft auf eine Umverteilung von der Rentenkasse zur Arbeitslosenversicherung und Umverteilung von der Rentenkasse auf die betroffenen älteren KollegInnen hinaus. Und dies mit Zustimmung der Gewerkschaften.

Altersarmut

Eines ist schon jetzt klar. Dieser Kompromiß wird die Rentenfrage nicht lösen. Weitere Angriffe auf die RentnerInnen - von Nullmülden bis hin zu Kürzungen - und Beitragserhöhungen stehen an. Im sogenannten „Blinds für Arbeit“ wurde ein „wachsendes Gewicht der Eigenvorsorge“ vereinbart. In Zukunft sollen wir private Lebensversicherungen abschließen. Wer nichts bezahlen kann, dem droht ein Altersarmut.

Anstatt mit der Kohl-Regierung und den Unternehmen gemeinsam Sozialabbau zu betreiben, müssen die Gewerkschaften für eine grundlegende Rentenreform kämpfen.

★ Verteidigung aller erreichten Standards bei der gesetzlichen und betrieblichen Altersversorgung. Kampf gegen Erhöhungen des Rententalters und jede Kürzung zu Lasten der RentnerInnen.

★ Garantierte staatliche Mindestrente von DM 2.000 für jeden RentnerIn in West und Ost.

★ Recht auf vollen Rentenanspruch ab 55 Jahren. Wer will, muß länger arbeiten dürfen.



unser standpunkt

PDS wohnin?

Es ist doch für einen PDS-Bürger, der ein unerhörtes Problem, wenn er wegen Geldmangels an Dingen streiten muß, die er eigentlich benötigen will. So bitter PDS-Vorsitzender Lothar Bisky im „Neuen Deutschland“ vom 29.1.96 um Verständnis für die kommunalen Mandatsträger seiner Partei. Doch die von Kürzungspolitik Betroffenen interessiert es herzlich wenig, ob PDS-Politiker mit ihren Entscheidungen moralische Probleme hatten.

Die PDS stellt 6.000 kommunale Abgeordnete und 180 Bürgermeister im Osten. Der neue PDS-Berücksichtigungsmeister von Berlin-Marzahn, Harald Buttler, hat sich in seiner vorherigen Position als Sozialstadtrat mit der Privatisierung der städtischen Pförtnerdienste hervorgetan.

Mit Sachzwängen haben SPD- und Grünen-Politiker ihren Marsch nach rechts in den letzten Jahren begründet. Die Sachzwänge werden von den

Großkonzernen und Banken, den wirtschaftlich Mächtigen vorgegeben. So läßt sich vorhersehen, wo die PDS landen wird, wenn sie in ein, zwei Jahren auf Landesebene mitregiert. Es sei denn, sie bricht mit der Sachzwang-Logik und handelt nach der Devise des sozialistischen Stadtrats von Liverpool in den 80er Jahren: „Better to break the law than to break the poor.“ („Besser das Gesetz brechen, als den Armen das Genick zu“).

Die Kritik der Kommunistischen Plattform und der AG Junge GenossInnen, die da lautet, „man dürfe die Grenzen des Systems nicht akzeptieren“ und müsse „an jeder erdenklichen Stelle zuerst die Systemtrage stellen“, ist zwar nicht falsch, bleibt aber un-

konkret. Eine Partei mit sozialistischem Anspruch kann sich nicht mit abstrakter Systemkritik aus der Verantwortung moegeln.

Die Kernfrage ist vielmehr: Ist die PDS bereit, ihre kommunalen Mandate zu nutzen, um den Kampf von Beschäftigten und Betroffenen zu organisieren? Werden PDS-Abgeordnete zu Aktionen im öffentlichen Dienst gegen Privatisierung aufgerufen?

Im Kampf gegen das neue Mietrecht hat die PDS-Führung versäumt, einen Mietenerhöhungsboykott zu organisieren. Wenn sie so weitermacht, wird sie bald zur zweiten SPD in Ostdeutschland werden.

Sascha Stanicic

Seit September letzten Jahres hat die Commerzbank als Hauptvertreterin der Anteilseigner darauf hingearbeitet, die Krise des Vulkan zum Ausbruch zu bringen, um ihn zu zerschlagen und die profitablen Teile von den unprofitablen zu trennen.

Deshalb wurde Vorstandschef Hennemann zum Rücktritt gezwungen und durch Wagner als direkteren Vertreter des Finanzkapitals ersetzt. Die Drohung mit dem Konkurs des Gesamtkonzerns war ein weiterer Teil der Taktik des Mübhemachens.

Ulf Petersen

Nach allem was bisher bekannt ist, befinden sich die Aktien in „breitem Streubesitz“, wobei die Commerzbank für einen großen Teil der Anteilseigner das Depotstimmrecht ausübt und als ein Hauptkreditgeber die Interessen der kreditgebenden Banken vertritt. Der Bremer Senat hat ein großes Aktienpaket offenbar vor zwei Jahren veräußert und damit Einflußmöglichkeiten aufgegeben.

Die Politiker der Großen Koalition in Bremen wollen mit weiteren staatlichen Hilfen eine „Auflösung“ erreichen.

Was heißt das für die Beschäftigten? In jedem Fall massive Arbeitsplatzvernichtung. Bei den modernisierten Werften im Osten wird die Krise genützt werden, um den Arbeitern die Pistole auf die Brust zu setzen: Wenn die weiteren Investitionen Sinn machen sollen und Ihr das Schicksal der Werftarbeiter im Westen vermeiden wollt, dann müssen noch einmal Einschnitte her.

Krise der Marktwirtschaft

Bedarf an sicheren Schiffen ist vorhanden, was uns durch die jährlichen Großankertun- glücke - zuletzt vor der walisischen Küste - immer wieder ins Gedächtnis gerufen wird. Statt sichere Schiffe zu bauen, werden alte Kähne bis zur Belastungsgrenze gefahren, mit unterbezahlen und schlecht ausgebildeten Mannschaften. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gibt es Überproduktion und entsprechende Überkapazitäten.

Allein von 1993 auf 1995 wurden im Vulkan 5.000 von 28.000 Arbeitsplätzen abgebaut. In Westdeutschland ist die Gesamtzahl der Werftarbeitsplätze von 77.000 1975 auf inzwischen um die 30.000 gesunken. Im Osten sind von 55.000 Arbeitsplätzen noch 1990 noch 7.500 übriggeblieben.

Seit den 70er Jahren hat sich



Protestaktionen in der Bremerhavener Innenstadt

Vulkan = Krise der Marktwirtschaft

der Konkurrenzkampf beim Schiffbau massiv verschärft. Japan und später Süd-Korea drängten auf die Märkte. Beim arbeitsintensiven Schiffbau können sie ihre niedrigeren Lohnkosten nutzen, unterstützt durch staatlich finanziertes Preisdumping (Die heutigen Weltmarktpreise nach gewichteter Tonnage und Rangfolge: Japan 40 Prozent, Süd-Korea 20 Prozent, Polen 7,3 Prozent, Deutschland 6,2 Prozent). Beim besonders umkämpften Containerschiffbau sind die Preise in den letzten beiden Jahren um 25 Prozent gesunken.

Der gnadenlose Konkurrenzkampf im Schiffbau geht voll zu Lasten der Arbeiter - ob in Südkorea, Polen oder Deutschland. Sie können den Wertlauf um den besten Standort nicht gewinnen. Sieger blieben die Reeder und Wertaktionäre, die es schaffen, ihre Arbeiter gerade am effektivsten Arbeitsplatzverlust und ihre Belegschaften „gesundzuschumpfen“.

Sündenbock Hennemann

1985/86 wurde durch die Eingliederung der Bremerhavener Schichau-Unterweser AG und der von Krupp abgekauften Seebeckwerft der Vulkan-Verband geboren. Unter der Führung des vormaligen SPD-Wirtschaftsstaatsrates Friedrich Hennemann wurde der Konzern später durch den Ankauf schiffbaufreudiger Unternehmen massiv ausgeweitet. Gleichzeitig wurde per Salami-Taktik Arbeitsplatzabbau auf den Werften betrieben. Die Strategie Hennemanns wurde

Dieser Betrieb ist besetzt!

Vulkan-Tochter Neptun Technoproduct in Bremerhaven

Mit Sack und Pack zogen die rund 100 Beschäftigten der Neptun Technoproduct am 25. Februar in ihren Betrieb und halten ihn seitdem rund um die Uhr besetzt.

NTP Bremerhaven ist eine Tochter von Neptun Industries Rostock (Teil der Vulkan Verbund AG), die Müllverbrennungsanlagen für Schiffe baut. NTP ist zwar nicht vom Vergleichsverfahren des Vulkan betroffen. Gleichwohl versucht die Geschäftsleitung, im Windschatten der Vulkan-Krise die Belegschaft zu erpressen. Sie drohte mit Stilllegung, falls ein sogenanntes „Sanierungskonzept“ nicht akzeptiert würde.

Der Betriebsrat sollte folgenden Maßnahmen zustimmen: Reduzierung der Belegschaft von 103 auf 48; 20 Prozent Lohnsenkung; Arbeitszeiten mit flexibler Wochenarbeitszeit von 0-60 Stunden; Wegfall der Überstundenzuschläge; 2 Stunden unbezahlte Mehrarbeit pro Woche. Auf diese Provokation reagierten Betriebsrat und Belegschaft mit einer „Notwehrbesetzung“, so der Betriebsratsvorsitzende Helko Reuter.

Die Kollegen hoffen, daß ihr Kampf auch eine Ermüpfung für die Arbeiter auf den Werften ist. Am 27. Februar kamen 800 Werftarbeiter von



der benachbarten Schichau-Seebeck-Werft zu einem Solidaritätsbesuch herber und sicherten ihre Unterstützung zu, falls die Geschäftsführung die polizeiliche Räumung plant.

Solidaritätsbekundungen kamen auch von Betriebsräten anderer Werften und der IG Metall. Fragt sich nur, wann diese endlich dem Beispiel der NTP-Kollegen folgen und die Besetzung auch der großen Wertbetriebe organisieren? ■

vom Bremer Senat gedeckt und war mit dem Ziel verbunden, zu drastischen Arbeitsplatzverlust und Wertenschnittsbedingungen zu vermeiden.

Nötig waren hierzu immer neue staatliche Beihilfen und Kreditbürgschaften. Um die Beschäftigung der insgesamt 10.700 Arbeiter und Angestellten zu sichern, wurde ein Auftragsvolumen von 6,3 Milliarden DM angehäuft, daß allerdings zum größten Teil nicht kostendeckend sein dürfte.

1992/93 wurden die ostdeutschen Werften privatisiert. Die Volkswert Stralsund (Abbau von 6000 auf 2.400 Beschäftigte) und MTW Wismar (Abbau von 5.000 auf 2.200 Beschäftigte) wurden dem Vulkan zugeschlagen. Mit insgesamt 1,8 Milliarden DM Steuergeldern wurden diese modernisiert, mit

dem Ziel, sie zu profitablen Schiffbaufabriken zu machen.

Dem ehemaligen Vorstandschef Hennemann und den verantwortlichen Politikern in Bremen wird jetzt eine abenteuerliche Unternehmenspolitik vorgeworfen. Die Umleitung von Hilfen für die Ost-Werften gilt als Subventionstörung und wird strafrechtlich verfolgt. Völlig legal im Sinne der Marktwirtschaft ist dagegen der jahrelang betriebene Arbeitsplatzabbau und die Diktatur der Banken über die Zukunft einer ganzen Region.

Die Diskussion über „Managementfehler“ wird benutzt, um uns davon abzulenken, daß das eigentliche Problem das Profitstreben der Banken und der von ihnen vertretenen Eigentümer ist. Für die Arbeiter gibt es keine Wahl zwischen „guter“ und

„schlechter“ Managementstrategie. Aus Angst vor den politischen Folgen eines raschen Arbeitsplatzabbaus hat der Bremer Senat über Hennemann einen Kurs gefahren, der zumindest für einige Jahre Beschäftigung erhalten hat. Die Alternative wäre ein noch radikalerer Kahl-schlag schon in den 80er Jahren gewesen.

Gleichzeitig wurde so die jetzige Krise vorprogrammiert, denn die Aktionäre wollen natürlich irgendwann Dividenden sehen. Und Banken sind bekanntlich keine Wohltätigkeitsvereine. Wir wollen, daß die Verantwortlichen für die Krise zur Rechenschaft gezogen werden. Aber das sind alle, die die Krise des Kapitalismus auf unsere Kosten verwahren, nicht nur ein Hennemann allein. ■

IGM-Demonstration am 13. Februar in Bonn

Gespaltten und gedämpft

Eine machtvolle Demonstration gegen Blüms Rentenpläne sollte es werden. Heraus kam eine kurze Unmuts-Kundgebung zum Dampf ablassen. Ein guter Teil der 40.000 aus dem ganzen Land angereisten Demonstranten gelangte gar nicht erst zum Ort des Geschehens, den Münsterplatz in der Bonner Innenstadt, sondern wurde umgelenkt auf die andere Rheinseite, auf einen Schlamplatz im Niemandsland der Bonner Rheinauen.

Angela Banker, Köln, IG Medien

Als die Letzte nach 2 km Fußmarsch von den Busparkplätzen

dort ankamen und merkten, daß sie ins Abseits gestellt werden sollten, waren viele wütend und wollten weiter in die Innenstadt. Doch der Platz war „gut“ ausgesucht: mitten zwischen Rheinbrücken. So saßen wir in Regen und Wind auf dem Schlamplatz fest. Das ganze war keineswegs eine spontane Umleitungskaktion durch die Polizei, sondern von vorneherein von dem Veranstalter geplant. Denn auf dem Schlamplatz waren Bühne und Leinwand aufgebaut; um die Kundgebung vom Münsterplatz zu übertragen. Ein IGM-Funktor erzählte über Bühnenmikko, der Münsterplatz sei voll. Aber „der Klaus

Zwickel kommt nachher“ noch zu uns“. (Er kam natürlich nicht.) Ganz davon abgesehen, daß man vorher weiß, wie groß bzw. klein der Platz ist und einen anderen aussuchen könnte, wenn 50.-60.000 erwartet werden, hätte auch nichts dagegen gesprochen, die Bonner Innenstadt über den Münsterplatz hinaus lahmzulegen. Doch das war der IGM-Führung offenbar zu brenzlich. Selbst die IGM-Funktionäre in unserem Bus waren darüber nicht informiert worden, daß die Demo gespalten werden sollte. Besonders sauer waren auch die Kollegen, die von weiter angerast kamen, z.B. aus Erfurt: 18 Stunden Busfahrt, um eine Stunde im Matsch zu

stehen. Ein IGM-Rentner schimpfte: „Ich bin seit 45 Jahren in der IGM Metall und war an allen größeren Demonstrationen, aber so was hab ich noch nicht erlebt. Das war doch Absicht.“

Entsprechend gedämpft war die Stimmung. Skepsis, Abwarten und Hoffnung konnten man in Diskussionen zum „Bündnis für Arbeit“ feststellen. Viele wußten noch nicht richtig, was in der Kanzlerunde vereinbart worden war. Daß die Arbeitsplatzversprechen vage, der Sozialabbau aber konkret drinsteht, konnten sich aber alle durchaus vorstellen. Keiner glaubte daran, daß das „Bündnis“ zwei Millionen Arbeitsplätze schafft, aber viele

hatten leise Hoffnungen. „Viel leicht tut sich ja doch was.“

„Wenigstens ist das Thema Arbeitslosigkeit wieder im Gespräch.“ Das undemokratische Vorgehen der IGM-Führung beim „Bündnis für Arbeit“ kritisieren einige. Ein Metalller aus Hilden: „Wir haben im Betrieb große Schwierigkeiten damit. Wenn der Zwickel das vor seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden gesagt hätte, hätte er deutlich weniger Stimmen bekommen.“ In den Innenstadt war die Stimmung etwas lebhafter. Dort gab es auch Transparente gegen die Politik der Gewerkschaftsführung. Opel Bochum: „Kein Bündnis für Armut - französisch reden“. ABB: „Mit Kohl und Kapital französisch reden“ und „Kein Bündnis mit dem Kapital“. SAV Rostock:

■

ÖTV-Tarifrunde 6 Prozent und mindestens 350 DM

150 Kolleginnen trafen sich am 6. Februar zu einer Vertretungs-Konferenz der ÖTV in Aachen, um über die Forderung in der Tarifrunde 96 und die Inhalte des Niederfelder Manifests (ein Manifest von oppositionellen ÖTV'lern) zu diskutieren. Der Bundesarbeiterssekretär des Hauptvorstands, der zur Tarifpolitik „unter Berücksichtigung der Verteilungsspielräume“ sprach, hatte keinen leichten Stand.

**Daniel Bernuzzi,
ÖTV-Kreisdelegierter,
Aachen**

„Wir können keinen Blumenstrauß von Forderungen stellen“, meinte er und gab als Ziel der Tarifrunde aus: „Erkämpfes soll erhalten bleiben.“ Denn: „Wir können über die Tarifpolitik nicht das wieder rausholen, was durch die staatliche Umverteilungspolitik verloren geht.“ Diese letzte Aussage steht im Gegensatz zur Beschlussempfehlung des letzten Gewerkschaftstages, als gegen den Willen des Vorstands eine solche Komponente als Teil der tariflichen Forderungen beschlossen wurde. Er verteidigt auch die niedri-

gen Einstiegslohne im öffentlichen Personennahverkehr, denen die ÖTV zugestimmt hatte, denn dadurch sei dieser „kampfstärke Bereich für die ÖTV erhalten geblieben.“ Und schließlich seien diese Löhne besser „als die noch niedrigeren bei den Privaten, die z.T. gar keinen Tarifvertrag haben.“

Zurückweichen

Gegen diesen Kurs des Zurückweichens auf der ganzen Linie wandten sich etliche Redner, Personalratsvorsitzender des Studentenwerks, begründete die Forderung seines Vertretungskörpers von 6% und mindestens 350 DM. Ein Kollege von der VHS sprach sich für eine reine Festgeldforderung aus. Die Forderung der Azubis nach 350,- DM Festgeld und Übernahme in den erlernten Beruf wurde von Georg, Jugendvertreter der TH und SAV-Mitglied, begründet.

Dann meinte der Kollege vom Hauptvorstand erneut: „Wir können nicht die Versäumnisse der Politik ausgleichen. Schließlich haben die Leute bei der letzten Wahl ja auch falsch gewählt.“ Als ob das ein Grund

ist, danach vier Jahre lang den Mund zu halten und alles zu erdulden. Außerdem: was heißt heute schon „richtig wählen“?

Andrea, Betriebsrätin im Krankenhaus und SAV-Mitglied, machte klar, daß zwischen CDU- und SPD-Regierung für uns Arbeitnehmer kein Unterschied besteht, wenn die Gewerkschaften nicht kämpfen. „Wir brauchen Verhältnisse wie in Frankreich. Da haben die Arbeiter ein großartigen Kampf geführt und was erreicht, obwohl der Organisationsgrad dort viel niedriger ist.“

Ihr Beitrag bekam besonders viel Applaus. Einige Nachredner gingen darauf ein, auch der Kollege vom HV, der „voll übereinstimmt“, aber: „Die Kampfbereitschaft der Kollegen in den Betrieben und Verhandlungsstellen ist nicht da.“ Dies wurde von weiteren Rednern bestritten.

Unzufriedenheit

Zum „Bündnis für Arbeit“ sagte der Betriebsratsvorsitzende der Verkehrsbetriebe, ihm würde beim Gedanken daran „unwohl in der Magenregion“. Auch der Personalratsvorsit-

zende des Klinikums, nicht eben ein Linker, fühlte sich genötigt, den HV anzuzureifen. Bei der Abstimmung über die Empfehlung zur Tarifforderung wurde Verwirrung über die Frage: Prozenze, Festgeld oder gemischte Komponenten gestiftet. Für eine reine Prozentforderung hätte niemand gestimmt.

Schließlich wurde mit grober Mehrheit die beiden Forderungen in der Form unterstützt, wie sie von der Basis eingebracht worden waren: 6%, mindestens aber 350 DM sowie 350 DM Festgeld für Azubis und Übernahme für mindestens ein Jahr.

Da die Zeit für den Antrag mit grundsätzlicher Kritik an der ÖTV-Politik und -Führung knapp war, gab es hier nur noch eine Begründung und eine Genehmigung. Auch hier war erfreulich, daß der Antrag mit den wesentlichen Inhalten des „Niederfelder Manifests“ mit 63:14 beschlossen wurde.

Diese Konferenz zeigte einmal mehr die große Unzufriedenheit an der ÖTV-Basis und das Potential für den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition.



Streikaktion in Aachen während der Tarifrunde 1992: der damalige undemokratische Streikabbruch ist den Aktivisten noch in schlechter Erinnerung

ERKLÄRUNG KRITISCHER GEWERKSCHAFTLERINNEN

Gegen ein Bündnis für Armut und Profit

Auf einem bundesweiten Treffen am 4. Februar 1996 in Kassel zur kritischen Auseinandersetzung mit der Standortpolitik kamen die anwesenden Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktiven aus Betrieben verschiedener Branchen zu folgender Einschätzung des „Bündnis für Arbeit“:

Ohne vorherige Diskussion in der Mitgliedschaft und unter der Delegierten des Gewerkschaftstages überraschte der IG-Metall-Vorsitzende Zweifel die Öffentlichkeit mit dem sogenannten „Bündnis für Arbeit“. Diese Initiative wurde vom DGB und von fast

allen Vorständen der Einzelgewerkschaften unterstützt.

Inzwischen liegen die ersten „Erfolge“ der neuen gewerkschaftlichen Geheimdiplomatie vor: Mit Billigung der Gewerkschaften wird die Arbeitslosenhilfe jährlich um 3% gekürzt!

Am Kanzlerstisch hat die Gewerkschaftsspitze erkaufte soziale Standards preisgegeben. Die bereits in vielen Betrieben praktizierte Politik der Co-Managements wird damit auf höchster Ebene fortgesetzt, das Konzept der gewerkschaftlichen Gegenmacht aufgegeben. Gewerkschaftliche Grund-

prinzipien gelten nicht mehr:

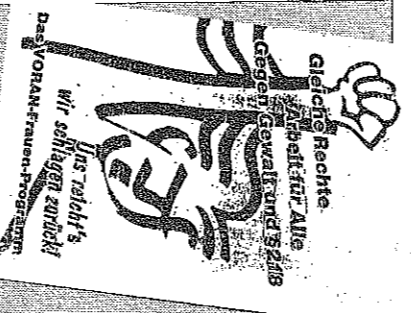
- Statt „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ niedrige Einstiegslohne für Erwerbslose - Lohnspaltung als Gewerkschaftsprogramm.
- Mitgestaltung statt Bekämpfung des Sozialabbaus.
- Akzeptanz der Unternehmenslogik, nach der Lohnverzicht Arbeitsplätze schafft.

Trotz dieser Zugeständnisse haben die Unternehmer bereits erklärt, daß sie keine neuen Arbeitsplätze garantieren können. Im Gegenteil: die Entlassungen gehen weiter. Erfahrungen mit einer derartigen gewerkschaftlichen Unterwerfungspolitik in an-

deren Ländern zeigen, daß das Zurückweichen der Gewerkschaften weder die Arbeitsplatzverrichtung noch den Sozialabbau stoppt. Auch wir sind der Meinung, daß zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut ein Bündnis notwendig ist: Es ist an der Zeit, mit Kapital und Regierung französisch zu reden!

Diese Kritik wird unterstützt von:

- Klaus Berger (IGM, BR, Mercedes Kassel), Angela Bankert (IG Medien, Köln), Judith Delheim (GEW, BuG



Uns reichts - wir schlagen zurück!

Das Frauenprogramm der SAV: Beilegung am Arbeitsplatz, Leichterung in der Ehe, Kinderbetreuung und Familie - Schluss mit der Ungleichheit für ein Leben ohne Unterdrückung und Isolation. Preis 4 DM + 1,50 DM Porto (Über die Redaktion VORAN)

Familiensinn bei C & A

„Schnupperpreise bei C & A“ lautet der Werbespruch der bekannten Modehauskette. Doch wer einmal hinter den Kulissen schnuppern durfte, dem stinkt vieles.

Ingo, Aushilfe bei C & A Kassel

Trotz Billigpreisen sackt die mithilfeschwere Eigentümer-Großfamilie Brenninkmeyer noch genug Gewinn ein. 1991 waren es 213 Millionen DM. Die Konzern-Philosophie des erzkatholischen Brenninkmeyer-Claus ist Verschwiegenheit, Gehorsam und Familienstimm. Dies drückt sich darin aus, daß niemand einen genauen Einblick in die Geschäftsbücher hat. Selbst der weiblichen Familienmitglieder der Sippe dürfen nicht an Unternehmensentscheidungen teilnehmen und keinen Mitsprachewort an Familienangelegenheiten haben.

Ansatz mit den Gewinnen in neue Arbeitsplätze zu investieren, wird weiter Personalabbau, so daß bei den Angestellten die Arbeitsheize immer mehr zunimmt. In Kassel sind 260 Angestellte beschäftigt, die meisten davon Frauen. Häufiges Kranksein wird vom Weh-

DGB-Grundgesetzprogramm

Mittrauische Basis

Kämpferisch gaben sich die 82 Kollegen/-innen bei der ersten gemeinsamen Delegiertenversammlung der beiden zusammengelegten DGB-Kreisverbände Hanau und Offenbach. „Standalts“ nannte ein Delegierter den Entwurf zum neuen DGB-Grundgesetzprogramm.

**Rudolf Schütz,
Frankfurt, ÖTV-
Personalratsvorsitzender**

Eigentlich sei das Treffen der Gewerkschaftsdelegierten der ehemaligen DGB-Kreise Hanau und Offenbach am Main ja „illegal“ warf einer der anwesenden Kollegen ein. Offiziell sehe der DGB-Bundesvorstand die alljährlichen Zusammenkünfte nicht mehr vor. „Aber wenn wir uns nur noch alle vier Jahre sehen, kennen wir uns bald nicht mehr.“

Mittrauisch beobachtet die Basis die Arbeit des Bundesvorstandes. „Die Demokratie ist meiner Ansicht nach im DGB in Ableben begriffen“, lautete seine drastische Kritik. Um Personal zu sparen, zeige die Gewerkschaft zunehmend weniger Präsenz vor Ort. „Etwas: Schärfertes“ müsse

nachtsgeld abgezogen. Jedes Jahr werden nur fünf bis sechs Auszubildende eingestellt. Von den drei Azubis im letzten Lehrjahr wird aus „wirtschaftlichen Gründen“ keiner übernommen - das vierte Jahr in Folge. Wenn sie könnte, würde die Betriebsleitung gern noch mehr Stellen einsparen. In Zeiten mit hohem Arbeitsanfall - wie vor Weihnachten oder im Schlußverkauf - werden Studierende als flexible Reservearmee eingesetzt. Demnach soll in Haus Kassel die Öffnungszeiten geändert werden. Wie die anderen Kaufhäuser will C & A morgens eine halbe Stunde später öffnen, denn in dieser Zeit wird ohnehin wenig Umsatz gemacht. Für die Vollzeitbeschäftigten bedeutet das: zwei Wochen weniger Freizeit ausgleich im Jahr und ein langes Wochenende erst alle 5 statt alle 4 Wochen.

Das einzig Gute, so betonen viele Kolleginnen, ist der relativ gute Lohn. Außerdem bietet sich für Frauen die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit, was natürlich auch der Betriebsleistung nützt, weil Teilzeiträfte flexibler einzusetzen sind.

Die Gewerkschaften befinden sich in einer tiefgreifenden Krise, die nicht nur ihre Mitgliederzahlen und ihre finanziellen Ressourcen betrifft, sondern auch ihre politische Orientierung. Der Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltung und Veränderung bestehend aus Machverhältnisse muß aufrechterhalten werden. „Modernisierung“ darf nicht bedeuten, daß die Gewerkschaften an die herrschende Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft d.h. der Standortkonkurrenz, der Deregulierung und Flexibilisierung, des Abbaus des Sozialstaates - anpassen. Im neuen Grundgesetzprogramm darf sich die Lösung „Kooperation statt Gegenmacht“ nicht durchsetzen.

- Antonio Doctor (CC.OO., Opel Saragoza), Jürgen Drieling (IGM, BR, Mercedes Bremen), Jochem Gester (AK Internat. der IGM Berlin), Bernd Gehrke (HBV, AG Arbeit Neues Forum), Willy Hajek (ÖTV, Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West), Kirsten Hukkenbeck (express), Renate Hürtgen (GEW, Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West), Jens Huhn (IG Medien), Werner Imhof (IGM, BR, Mannesmann Röhrenwerke Mülheim), Hans Köbrich (IGM, BR, BMW Berlin), Heiner Köhnen (IG Bau), Joachim Kühne (IGM, BR, Mercedes Düsseldorf), Werner Langbein (IGM, VK, Mercedes Mannheim), Matthias Maurer (IG Bau, BRV, Hochtief Hamburg), Hans-Günter Müller (IGM, BR, Mercedes Kassel), Beatrix Sassermaier (IG Chemie, VK Belegschaftsliste Bayer Wuppertal), Wolfgang Schumann (IGM, BR, Opel Bochum), Udo Seidel (IGM, BR, TSK), Fritz Stahl (IGM, VK, Mercedes Mannheim), Manfred Stöter (IGM, BR, VW Hannover), Thorsten Wenderoth (IGM, VK, VW Kassel), Gerald Wolf (HBV, Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West), Uwe-Wolf (express)

Konferenz der Jugendorganisationen/Jugend gegen Rassismus in Europa (Jo/JRE)

Linke Jugendbewegungs aufbauen



Demonstration der Landes-Asten NRW gegen BaföG-Verzinsung am 1. 2. in Bonn. Die Staatorgane proben den Dialog mit der Jugend.

Im März findet die bundesweite Konferenz von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) statt. Auf der Tagung steht eine Diskussion darüber, die Arbeitsfelder der antirassistischen Jugendorganisation zu erweitern und sie zu einer kämpferischen, linken Interessenvertretung der Jugend auszubauen. Wir drücken nachstehenden den Entwurf für ein erweitertes Programm, das der Konferenz vom JRE-Bundesausschuß vorgelegt wird. Der neue Name soll „Jugendoffensive/JRE“ lauten.

„Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) wurde vor 4 Jahren nach den rassistischen Ausschreitungen in Rostock gegründet. JRE ist in Deutschland und in ganz Europa aktiv gegen Nazis, gegen staatlichen Rassismus und für eine lebenswerte Zukunft. JRE hat 10.000 Jugendliche gegen Rassismus

und Faschisten mobilisiert und auf die sozialen Ursachen hingewiesen. JRE hat Protestaktionen gegen alte und neue Nazis, gegen Abschiebung, gegen Polizeischikane gegen Ausländerinnen, sowie gegen Afortests, gegen die Schließung von Jugendzentren und gegen Bildungsabbau organisiert. Lehrstellenmangel, Bildungsabbau, Studienverschärfung, Umweltzerstörung und Jugendarbeitslosigkeit sind Probleme, die zunehmend unsere Zukunft bedrohen. Es ist nötig, einen breiten Widerstand in der Jugend zu organisieren. Studierende, Azubis, Schülerinnen, ausländische und deutsche Jugendliche müssen gemeinsam kämpfen. Jugendoffensive/JRE will einen Beitrag dazu leisten, eine starke, linke, kämpferische Jugendbewegung aufzubauen und die Interessenvertretung von Jugendlichen in Schule, Uni oder Betrieb zu stärken.

JO-Plattform

- 1) Bildung und Ausbildung für alle. Stoppt die Bildungskürzungen und Elitebildung an Schule und Hochschule. Einen Ausbildungsplatz im gewünschten Beruf für jeden und garantierte Übernahme im erlernten Beruf. Ausreichend Geld für jeden Jugendlichen ab 16 Jahren.
- 2) Keinen Fußbreit den Faschisten. Mobilisierung zur

- Verhinderung von Nazi-Aktivitäten. Kein Verlaß auf Polizei und Justiz.
- 3) Gleiche Rechte für alle. Gegen Rassismus, Sexismus und religiöse Diskriminierung. Gleiche Rechte für Schwule und Lesben.
- 4) Stop Abschiebung. Bleibeerecht für alle, und keine Sondergesetze für die hier lebenden Ausländerinnen. Keine Sondergesetze für Ausländerinnen /Abschaffung des diskriminierenden Ausländerinnengesetzes
- 5) Kein Abbau von demokratischen Rechten. Stoppt Polizeiwilktür. Keine Kriminalisierung von linken und ausländischen Gruppen.
- 6) Massive Abrüstung - keine Auslandsinsätze der deutschen Bundeswehr. BRD raus aus der NATO.
- 7) Volle Gleichberechtigung für Frauen und Mädchen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Abschaffung des §218. Kostenlose Kinderbetreuung für jedes Kind.
- 8) Keine Kürzungen bei Jugendeneinrichtungen oder im sozialen Bereich. Schaffung von Freizeitangeboten und selbstverwalteten Jugendzentren.
- 9) Schluß mit der Umweltzerstörung. Stoppt die Atomindustrie. Ausrichtung der Produktion nach ökologischen Gesichtspunkten, statt nach Profiten.
- 10) Stoppt Massentiertransporte. Keine Tierversuche, für artgerechte Tierhaltung.
- 11) Kostenlose Beratungsstellen für Jugendliche zu Fragen wie Aids, Sexualität und



„Troubled Times“
The National Question in Ireland
von Peter Hadden
TB, englisch, 200 Seiten, 15 DM.
Hintergründe des Konflikts in Nordirland – Rückblick auf die Geschichte Irlands bis hin zur aktuellen Lage. Als langjähriger Sozialist und Gewerkschaftsaktivist in Belfast zeigt der Autor auch programmatische und praktische Alternativen auf, wie die Spaltung überwunden werden könnte.

Fachrichtungen Bayer: 6000 DM Gebühren

Privatuniversitäten

BaföG-Verzinsung, Studiengebühren, Privatisierungen... für die Hochschulen werden drastische Sparmaßnahmen diskutiert. Das Ziel der Politiker ist es, daß nur noch eine kleine Minderheit studiert, die es sich leisten kann, aber dafür zur Elite der Wirtschaft gehört. Was das praktisch für die Studierenden bedeutet, kann man schon heute an Privathochschulen sehen.

Mirjam Alberti, SAV Köln

Schon jetzt gibt es 67 Privathochschulen in Deutschland, 30.000 von 1,9 Millionen Studierenden sind dort eingeschrieben.

Witten/Herdecke:
Anfang der Achtziger wurde die private Hochschule für Medizinwirtschaft, Wirtschaftswissenschaft und Musiktherapie in Witten/Herdecke geöffnet. Heute studieren dort 600 Studierende. Die Landesregierung mache zur Bedingung, daß sie keine Studiengebühren verlangen und daß sie keine Landesmittel beanspruchen.

1995 wurden Studiengebühren von 6.600 DM pro Semester eingeführt. Außerdem subventioniert die Landesregierung die Privathochschule mit 6 Millionen DM. Nun beantragen sie für 1996 wiederholt 6 Millionen DM aus Landesmitteln, andernfalls werde die Hochschule geschlossen. Die

Grünen haben dies abgelehnt. Sie wollen den Zuschuss nur bewilligen, wenn die Studiengebühren abgeschafft werden. Konrad Schilly, Präsident der Privathochschule, meint dazu: „Gebührenfreiheit entmündigt die Studierenden“, Finanzkraftige Studierende müssen sich doch für exklusive Bildung entscheiden können, nicht wahr. Herr Schilly?

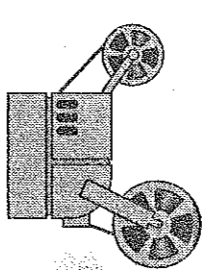
Leipzig:

In Leipzig gab es zu DDR-Zeiten eine Hochschule für Körperkultur. Heute ist im linken Flügel ein staatlicher Hochschulteil untergebracht. Dort teilen sich 2100 Studierende 26 Profs und 2 Dozenten. Im rechten Flügel wurde im Februar eine Privathochschule

eröffnet. 20 Elite-Studis werden von 17 Dozenten unterrichtet. Die Annahmbedingungen: ein ausgezeichnetes Vorplomen und 6000 DM Studiengebühren. Zur Belohnung wird ihnen ein gutbezahlter Job versprochen. Außerdem zahlt das beste Fünftel eines Semesters keine Gebühren. Wer keine Studiengebühren zahlen kann, muß diese erst nach dem Studium bezahlen. Diese Privathochschule finanziert sich neben den Studiengebühren dadurch, daß 8 Lehrstühle von AEG, Bayer, Preussag, RWE und anderen finanziert werden.

Ob die Studierenden die entsprechenden Werbe-T-Shirts auch in ihrer Freizeit tragen? ■

- 12) Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Schaffung von ausreichend Therapieplätzen und Ausstiegsprogrammen.
- 13) Wahlrecht ab 16 Jahren! Volle demokratischen Rechte und Streikrecht für Azubis, Studierende, SchülerInnen, Zwis und Soldaten.
- 14) Gegen Wohnungsnot und Wuchererleien, eine billige und gute Wohnung für jede und jeden!
- 15) Arbeit für alle. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch 30-Std.-Wochen bei vollem Lohnausgleich.
- 16) Gegen die Europäische Union der Banken und Konzerne, gegen das Europa von Lohnraub und Sozialabbau. Keine Privatisierungen.
- 17) Gegen das kapitalistische Profitsystem, für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Produktion nach den Bedürfnissen und unter der demokratischen Kontrolle der arbeitenden Menschen organisiert wird.“



Film tip

„Strange Days“

USA 95. R.: Kathryn Bigelow, mit: Ralph Fiennes, Angela Bassett, Juliette Lewis, Tom Sizemore

Los Angeles zur Jahrtausendwende: Nur noch zwei Tage bis Silvester 1999. Der „magic man“ Lenny Nero, ein stadtbekannter Drogendealer, geht ungerührt von den Strassenkämpfen schwarzer Jugendlicher mit der Polizei seinen Geschäften nach. Er handelt mit „virtual reality clips“, mit denen die Wahrnehmungen eines anderen direkt ins eigene Gehirn übertragen werden können.

Seine Kunden sind „anständige“ Bürger mit genügend Kleingeld und die High Society; seine Zulieferer sind Verbrecher, Junkies und Prostituierte, aber auch normale Leute, die nichts mehr zu verlieren haben. Dann wird der farbige Rapper Jeriko, ein Kämpfer für die Rechte der Schwarzen und Systemkritiker, von Unbekannten ermordet. Offiziell wird behauptet, er wäre ein Opfer von Bandenkriegen geworden, doch seine Freunde sind von einer Verschwörung der Polizei überzeugt.

Anfanglich interessiert sich Lenny nicht für den Mord. Als aber einige seiner Clip-Zulieferer ebenfalls ums Leben kommen und er anonym zugesandte Clips erhält, auf denen die Morde aufgezeichnet sind, macht er sich mit zwei Freunden auf die Suche nach dem Mörder ...

Der ermordete Jeriko war Hoffnung und Idol der Chetto-Jugend, der ihnen klarmachte, daß es trotz allem für sie eine lebenswerte Zukunft geben kann. Nach seinem Tod entläßt sich die ganze Wut und Hoffnungslosigkeit in den Slums. Je näher Silvester rückt, umso heftiger werden die Unruhen. Alles wartet nur noch auf die „größte Party des Jahrtausends“, bei der sich die angestaute Spannung entladen muß...

Der Film erklärt nicht, warum die Lage so schlecht ist und auch nicht, daß man sich organisieren muß, um für seine Rechte zu kämpfen. Jeriko, der stark an Malcolm X erinnert, ist auch kein Sozialist. Aber „Strange Days“ ist eine gute Beschreibung des verfallenden Kapitalismus, und wie die Welt wird (ist?), wenn man nicht für eine bessere kämpft.

Kirsten Achteilck, SAV Aachen



Los Angeles, Silvester 1999. Ein Grund zum Feiern? Nicht in der düsteren Zukunftsvision von „Strange Days“, mit Ralph Fiennes in der Hauptrolle des Lenno Nero, der mit Träumen dealt.

Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative jede auf, selbst aktiv zu werden und mit uns zu kämpfen. Die SAV ist eine demokratische, marxistische Organisation, SPD, PDS, antirassistische, marxistische Organisation, die für die revolutionäre Abschaffung des Kapitalismus und durch Massenmobilisierung und für den Aufbau einer unabhängigen Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung auf. Denn es gibt heute keine Partei, die konsequent für die Interessen der arbeitenden und Jugendlichen kämpft. Wir wollen nicht stellvertretend für andere aktiv sein, sondern fordern jeden und

Wofür wir kämpfen

- Arbeit und Ausbildung**
 - ★ Arbeit für alle
 - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
 - ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
 - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
 - ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
 - ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto
- Wohnen**
 - ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
 - ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
 - ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
 - ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr
- Soziales**
 - ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
 - ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
 - ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
 - ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen
- Bundeswehr**
 - ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
 - ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
 - ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
 - ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
 - ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende
- Umwelt und Verkehr**
 - ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörerlicher Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
 - ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen
 - ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
 - ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion
- Frauen**
 - ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
 - ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
 - ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern
- Gegen Rassismus und Faschismus**
 - ★ Keine Abschiebungen
 - ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
 - ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
 - ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS
- Gewerkschaften, SPD und PDS**
 - ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
 - ★ Organisierung eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und osteuropäischen, west- und osteuropäischen Kolonialisten auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
 - ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verschwiegenen, Facharbeiterlohn
- Für eine sozialistische Demokratie**
 - ★ Keine Privatisierung Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
 - ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profitbestimmt wird
 - ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat
 - ★ Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchsichtige, Facharbeiterlöhne

SAV-Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit Bündnis für Gegenwehr

Im Februar traf sich erneut der Arbeitskreis der Gewerkschaften in der SAV. 35 Kolleginnen - Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktivistinnen aus Autoindustrie, Telekom, öffentlichen Dienst, Druck - diskutierten auf einem zweitägigen Seminar über die Auswirkungen der Rechtswende der Gewerkschaftliche Oppositionsarbeit.

Torsten Sings, SAV Siegen, IGM-Mitglied

Das sogenannte „Bündnis für Arbeit“, so berichten die Teilnehmer, wird bei einem immer größeren Teil von Kolleginnen skeptisch beurteilt. Den Arbeitsplatzversprechungen glaubt beinahe keiner mehr, besonders nicht nach den Hormeldungen über Vulkan, Grundig, AEG.

Der wachsende Unmut zeigt sich auf Gewerkschaftsveranstaltungen. So lehnte ein Kreisreffen des DGB-Kassel mit 50 Teilnehmern geschlossenen die Kungeleien der Gewerkschaftsführer mit Kohl und Kapital ab und forderte stattdessen ein Bündnis für Gegenwehr.

Andererseits wächst bei einem Teil der Kolleginnen aber auch die Resignation, weil zum aktuellen Kurs keine sichtbare Alternative aufgezeigt wird. Deshalb ist es umso wichtiger, den Aufbau einer kämpferischen Opposition in der Gewerkschaft voranzutreiben. Be-

sonders im Zusammenhang mit dem Bündnis für Arbeit ist es nötig, sich deutlich davon abzugrenzen, auch gegenüber Kolleginnen, die vielleicht noch Illusionen haben, daß es was bringen könnte. Für zweifelhafte Opposition dagegen als Bezugspunkt und Bestätigung aufgebaut werden.

In zwei Arbeitsgruppen wurde speziell die Lage im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie erörtert. Die Arbeitsgruppe befaßte sich mit

der ausstehenden Tariffrage und der Forderungsaufstellung. Außerdem wurde die weitere Zusammenarbeit mit der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter (GroG) in der ötv und das „Niederfelder Manifest“ diskutiert. Man war sich einig, daß der Aufbau von Strukturen und die Einberufung von Konferenzen der Unterzeichnerinnen des Manifests als nächster Schritt im Aufbau einer ötv-Opposition vorgeschlagen werden soll.

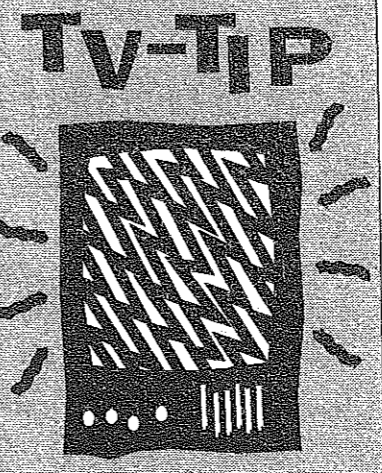
Zusammen mit anderen Gewerkschafterinnen wollen wir ein Programm gegen Lohnraub und Privatisierung ausarbeiten und an der Basis vor Ort ebenso wie auf dem bevorstehenden Bundeskongress der ötv im Herbst um Unterstützung werben.

Die Metall-Arbeitsgruppe befaßte sich mit der Situation in der Autoindustrie und den Auswirkungen von Zwickels Bündnis-Vorstoß innerhalb der IGM. Der SAV-Betriebs-AK ist offen für Interessentinnen. Wer Interesse an Material oder Teilnahme hat, kann sich bei der Redaktion melden.

"Spotlight" Dienstag, ca. 22 Uhr, ARD

Wer Didi Hallervorden nur als Dödel aus Klamauk-Filmen in Erinnerung hat, und deswegen vielleicht glatt über seine Sendung Spotlight hinweg zappt, dem sei jeweils dienstags vor den Tagesthemern ein etwa halbstündiges Verweilen im 1. empfohlen.

Der Mann kann nämlich nicht nur Grinsen massen schneiden, sondern ist auch Kabarettist, sogar ein linker, obendrein noch ein guter. Er kombiniert seine Biode-Grimassen- und Slapstick-Talente mit politischer Satire. Zum Beispiel als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der „Penner in der Union“, die in Kohls versprochenen blühenden Parklandschaften leben („Wenn einer erfährt, ist das saisonbedingt“) und den Standortstreit der Wolfsburger Penner gegenüber den Pariser Clochards abhauen wollen, indem sie als moderne Dienstleister öffentlich musizieren.



Seine knallharten und oft ätzenden Rundumschläge sparen nichts aus: von der aktuellen Tagespolitik über Umweltthemen bis hin zur Kirche, was hierzuande bekanntlich sträfzlich besonders relevant ist. Andere Sendungen sind schon wegen weniger scharfen Sachen abgesetzt worden. Und wie lange Didi noch auf diesem relativ guten Sendeplatz überleben kann, bis ihn ein bisher schätzungsreicher Intendant oder Rundfunkrat entachtet hat, ist fraglich. Darin: schnell nochmal eingucken.

Sozialistische Alternative VORAN - ORTSGRUPPEN

- Rostock**

Mittwoch, 19 Uhr, Augustenstraße 112a
Infos unter 03 81/4 90 42 93
- Berlin**

OG Süd: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, De-fregger-Str. 2, S-Bahn Tempower Park
OG-Mittwoch: dienstags 19 Uhr, PDS-Stützpunkt, OC-Mehrzahn Allee der Kosmonauten 99, OC-Nord/West: montags 19 Uhr, „Kieztreff“, Jablonkskystr. 11a, Prenzlauerberg, Infos unter 030 / 4 44 76 16 erfragen
- Bremen**

Mittwoch, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehshof, Heister Osterdeich 230, Weitere Infos über Bundeszentrale
- Bremehaven**

OG Süd: montags, 19 Uhr, „Schillerklaus“, Schillerstr. 3
OG Nord: montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3
- Kassel**

OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlacht-hof, Mornbacher 12
OG West: sonntags, 18.30 Uhr, Cafe Ubra, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos unter 05 61 / 1 64 91
- Köln**

Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
Infos unter 02 21 / 13 45 04
- Aachen**

OG Ost: montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolphstr. 18
Infos unter 02 41/50 86 85
- Siegen**

OG Mitte: dienstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3
Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberem Schloß)
- Frankfurt/Main**

Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75
- Stuttgart**

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9
OG Süd-West: jeden Donnerstag 18.30 Uhr, Jugendhaus Heßeln (Böhhinger Str. 92), Jugendhaus Nord.
OG Nord: jeden Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Nord.
Infos unter 07 11/2 23 88 23
- Freiburg**

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

SAV-Spendenfonds

Trotz der zum Teil sibirischen Kälte im Januar und Februar gab es einen leichten Aufwärtstrend bei den Spendenannahmen. Kein Grund, sich auf die faule Haut zu legen: Die Betonung liegt auf leicht.

Die SAV Bremerhaven hat seit Beginn der Vulkan-Krise viele Info-Stände gemacht und unser Programm für den Erhalt aller Arbeitsplätze verbreitet. Es wurden Unterschriften für unsere Forderung nach Verstaatlichung des Vulkan-Kon-

zerns unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften gesammelt. Es gab sehr gute Resonanz und insgesamt 1.500 DM Spenden für die Arbeit der SAV in einhalb Wochen.

Die Frankfurter Ortsgruppe hat sich den Schwerpunkt gesetzt, gegen die Angriffe auf den öffentlichen Dienst vorzugehen. Teil davon ist eine Kampagne gegen die Schließung eines Schwimmbades in Frankfurt-Hoechst, bei der Unterschriften und Spenden für

die Arbeit der SAV gesammelt werden. SAV-Mitglieder sind nicht nur auf der Straße aktiv: Ein Mitglied aus Aachen hat die Unterschriftenliste gegen die Telekom-Gehührenerhöhungen erfolgreich bei den Kolleginnen im Krankenhaus und im Bekanntheitskreis eingesetzt.

Alle Mitglieder und Unterstützer der SAV sollten die VORAN, aktuelle Flugblätter und Unterschriftenlisten im Bekanntheitskreis, an Schule oder Hochschule oder im Betrieb einsetzen, um unsere Ideen zu verbreiten und Spenden für unsere Arbeit hereinzuholen.

Ulf, Bundesschatzmeister

Spendenkonto

Konto-Nummer
2500 59-430
Postbank Essen
(BLZ 360 100 43)

VORAN

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitschrift
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur Sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortungswissen: Marxistisch
Erschließungswissen: Marxistisch
Druck: Berger und Besmann, GbR, Kassel
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21/13 45 04 oder 13 46 04
Bankverbindungen: Postsparkasse Besser (BIC: 36010043)
Konto-Nr.: 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf
(Im Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postfach Essen, BLZ: 360 100 43,
Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Werde Mitglied der SAV!

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 Ich möchte Mitglied der SAV werden.
Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben an SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Info-Telefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

ZUSAMMENGEHÄNGT VON BASISINITIATIVEN UND GEWERKSCHAFTEN

Kanada: Gemeinsame Front gegen Sozialabbau

Kanada war letztes Jahr in den Schlagzeilen, weil in der französischsprachigen Provinz Quebec eine Volksabstimmung zur Unabhängigkeit nur knapp scheiterte. Ein Hintergrund der krisenhaften Entwicklungen sind die massiven Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch die Bundes- wie die Provinzregierungen - zu Lasten der Bevölkerung.

Jetzt hat sich eine neue Organisation gebildet, die provinzübergreifend den Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit organisiert. Von der Gründungskonferenz dieser „Common Front/Front commun“ (Gemeinsame Front) berichtet

Rob Roeker, Kanada, Labour Militant

500 Delegierte aus ganz Kanada trafen sich im Januar in Montreal (Quebec) zu einer Dringlichkeitskonferenz gegen Kürzungen. Der Tagungsort war angemessen: Räumlichkeiten in einer Schule, die kurz zuvor von der Nachbarschaft besetzt und in Eigenregie übernommen wurden.

Die Konferenz hatte zum Ziel, die Aktivitäten gegen die Kürzungen der Bundesregierung provinzübergreifend zu koordinieren und die linken Gewerkschaftsgliederungen und Gemeindeformationen näher zusammenzubringen. Ungefähr 100 Gemeindeformationen und Arbeitsloseninitiativen, 25 Gewerkschaftsgliederungen und

die kanadische Studentenförderung schlossen sich der Konferenz an.

John Clark, Organisator einer Arbeitsloseninitiative in Toronto und Labour Militant Aktivist (kanadische Schwesterorganisation der SAV - die Red), berichtete, daß in der Provinz Ontario einer Million Menschen ihre Sozialhilfe um 22% gekürzt wurde. Diesen Winter habe daher eine Welle von Räumungsklagen eingesetzt.

Eine Frau aus Toronto stand wegen einer Räumungsklage selbst vor Gericht und trat dort auf zehn andere Nachbarn aus ihrer Siedlung, denen ebenfalls die Räumung droht. Massenproteste und direkte Aktionen gegen Räumungen sind daher ein zentraler Schwerpunkt der „Koalition gegen Armut in Ontario“ (Ontario Coalition against Poverty - OCAP).

Richard St. Pierre, einer der Hauptorganisatoren der „Union der Arbeitslosen Quebecs“ (Re-groupement de Chomeuses et Chomeurs du Quebec - RCCQ), berichtete über die sich entwickelnde Stimmung: „Als wir vor sechs Monaten einen Anstrecker für einen Generalstreik herausbrachten, sagten die Leute, ihr lebt auf dem Mond! Heute nicht mehr. Die Geschichte entwickelt sich rasch.“

Denn im Dezember gab es einen stadtweiten Generalstreik in London, Provinz Ontario, mit 40.000 Teilnehmern gegen die Sozialkürzungen der konservativen Provinzregierung. Und für den 24. Februar ist ein weiterer



Die „Koalition gegen Armut in Ontario“ in Aktion

Generalstreik in Hamilton, Ontario, geplant.

Die Konferenz unterstützte eine Resolution, die von der OCAP und der RCCQ gemeinsam eingebracht und als „Montrealer Manifest“ verabschiedet wurde. Darin wird die Idee zurückgewiesen, „daß der systematische Angriff auf soziale und ökonomische Rechte durch die nur die Interessen der Großunternehmen und internationalen Finanziers vertreten.“ Nöblich sei vielmehr, „einen Aktionsplan zu entwickeln, um diesen Kampf zu gewinnen und die Gesellschaft grundlegend zu verändern.“

Die Konferenz appellierte an alle jene Gewerkschaften, Basis-, Frauen-, Arbeitslosen und Studentengruppen, die mit dem Generalstreik in Hamilton, Ontario, geplant. Die Konferenz unterstützte eine Resolution, die von der OCAP und der RCCQ gemeinsam eingebracht und als „Montrealer Manifest“ verabschiedet wurde. Darin wird die Idee zurückgewiesen, „daß der systematische Angriff auf soziale und ökonomische Rechte durch die nur die Interessen der Großunternehmen und internationalen Finanziers vertreten.“ Nöblich sei vielmehr, „einen Aktionsplan zu entwickeln, um diesen Kampf zu gewinnen und die Gesellschaft grundlegend zu verändern.“

Die Konferenz appellierte an alle jene Gewerkschaften, Basis-, Frauen-, Arbeitslosen und Studentengruppen, die mit dem Generalstreik in Hamilton, Ontario, geplant. Landauf landab finden derzeit zahlreiche Veranstaltungen statt, um den Aufbau einer neuen sozialistischen Partei zu diskutieren.

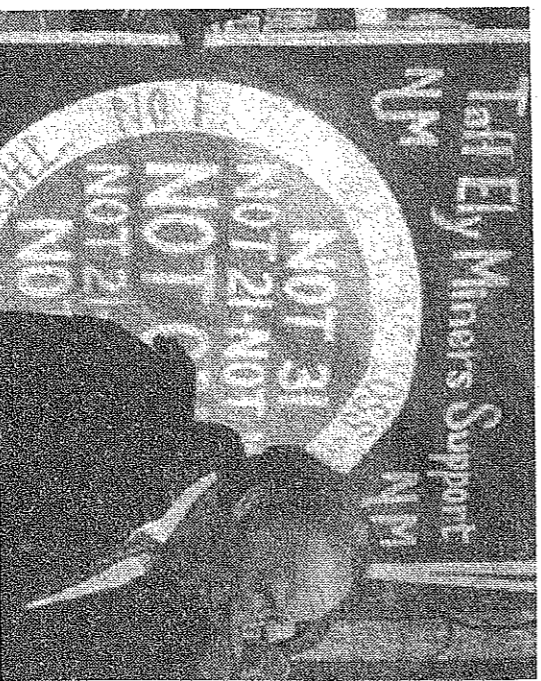
Ein immer wieder vorgetragener Kritikpunkt ist die vorgegebene SLP-Satzung, die als äußerst restriktiv und wenig demokratisch empfunden wird und die Entwicklungschancen der neuen Partei erheblich schmälern könnte. So soll es keinerlei Doppelmitgliedschaften zu anderen Organisationen geben dürfen, d.h. linke Gruppierungen und Vereinigungen sind von vornherein ausgeschlossen. Basisorganisationen in Stadtteilen oder nicht gewerkschaftlich Organisierte werden durch die Satzung ebenfalls nicht erfaßt.

Sozialistische Allianzen

Wegen der Skepsis gegenüber dieser autokratischen Herangehensweise und auch der Verweigerung von regionaler Autonomie, z.B. für die schottischen Sozialisten, haben in einer Reihe von Orten und Regionen die Versammlungen beschlossen, sogenannte Sozialistische Allianzen zu bilden, bei denen sich die SLP wie auch andere sozialistische Parteien oder Gruppierungen einbringen können, darunter auch Militant Labour, die britische Schwesterorganisation

Linke formiert sich neu

BRITANNIEN: Sozialistische Labour Party



Scargills neue Partei soll am 1. Mai gegründet werden

Nach dem Vorstoß der Bergarbeiterführers Arthur Scargill zur Gründung einer neuen sozialistischen Labour Party ist Bewegung in die Linke Britanniens gekommen. (VORAN berichtete in Nr. 176) Bei einer Nachwahl im Wahlkreis Hemsworth erzielte Brenda Nixon, Scargills-Vertraute und Vorsitzende des Komitees der Bergarbeiterfrauen, als Kandidatin auf Anhieb 5,4%. Das ist ein beachtliches Ergebnis, wenn man bedenkt, daß aus Wut auf die regierenden Tories die Haupttendenz derzeit Richtung Labour geht, daß

der Wahlkampf nur zehn Tage dauerte und die neue Partei noch nicht einmal gegründet ist.

Angeja Banker

Die künftige SLP hat großes Potential, zu einer starken sozialistischen Kraft zu werden. Nach Umfragen bezeichnen sich über 2 Millionen Briten als links von der alten Labour Party, die sich vollständig von ihren Zielen verabschiedet hat und immer mehr verblüffend Licht. Scargill und sein Beraterkreis haben einen Satzungsentwurf vorgelegt; die Gründung der SLP ist für den 1. Mai 96

Versammlungen vor dem Streik. Zunächst sei die Stimmung bezüglich einem politischen Generalstreik gegen die kürzlich gewählte konservative Provinzregierung skeptisch gewesen, denn die Gewerkschaftsführung habe in der vergangenen Periode Arbeitskämpfe stets ausverkauft. Doch nachdem die Arbeiter von den Kürzungsplänen der Regierung informiert wurden, waren am Ende alle für den Streik.

Auch in Quebec war die Begeisterung über die Konferenz groß. Delegationen von RCCP und OCAP werden an dem geplanten Generalstreik in Hamilton am 24. Februar teilnehmen. Die neue „Gemeinsame Front“ hat enorme Möglichkeiten, die Entwicklungen in der sich rasch verändernden Lage in Kanada zu beeinflussen.

sen werden sollen. Die schottische Tageszeitung „Scotsman“ kommentierte dieses Ereignis so: „Wo sind sie alle hergekommen an einem kalten, grauen Nachmittag? Und wenn Sozialismus als eine Sache der Vergangenheit definiert wird, warum waren so viele von ihnen jung? ... Zum ersten Mal seit Menschengedenken hat die schottische Linke eine Idee gehabt. Es ist kein

der SAV. Damit soll die Aktivität und Zusammenarbeit der Linken sichergestellt, der SLP-Aufbau kritisch, aber sozialistisch begleitet und unterstützt werden.

Die größte Versammlung fand in Schotland statt, wo im Februar die Schottische Sozialistische Allianz (SSA) gegründet wurde. Über 400 Vertreter von Gewerkschaften, Nachbarkomitees, der Linken

Die Nachwahl in Hemsworth	
Wahlbeteiligung:	39,5%
Labour	71,9%
Tories	8,8%
Liberales	6,8%
SLP	5,4%

der (alten) Labour Party und der Schottischen Nationalpartei SNP, Scottish Militant Labour, sowie Aktivisten von zahlreichen Initiativen (Antirassist, Straßenblockierer, Tierschützer, Umweltschutzaktivisten, Schwulen- und Lesbenruppen) kamen zusammen. Sie entwickelten Entwurfe einer offenen, demokratischen Satzung sowie einer „Charta für sozialistische Veränderung“, die nun in den einzelnen Basis-Organisationen diskutiert und auf einem erneuten Treffen im April beschlossen

Effektive Privatbahn

Die ersten drei Streckenabschnitte der britischen Eisenbahn gingen kürzlich in Privatbesitz über.

Die „Great Western Trains“ eröffnete mit großem Propagandaaufwand die „erste private Eisenbahn seit 50 Jahren“ auf der Linie London-Paddington nach Fishguard, Wales. Die Passagiere stannnen nicht schlecht, als statt der Bahn ein Bus angeboten wurde, der obendrein mit Verspätung sein Ziel erreichte, weil der Fahrplan falsch berechnet worden war.

In Erwartung vieler Kunden ließ die „South West Trains“ einen richtigen langen Zug mit 550 Sitzen auf der zweiten Privatstrecke von Twickenham nach London-Waterloo vorfahren. Die 9 Passagiere hatten freie Platzwahl, weil die Privatisierung von vielen Kunden boykottiert wurde.

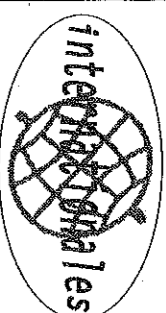
Das dritte Bahnunternehmen auf der Linie London-Tisbury-Southing (LTS) hatte eine Idee, wie man sich vor der Umwandlung in einen Privatbetrieb noch etwas Starkapital besetze. Leihen könnte: da die an einem bestimmten Bahnhof angestellten Fabrikanten auch für den dortigen U-Bahn-Anschluss gehen, hätte die Halte der Eisenbahn an die U-Bahn abgeführt werden müssen. Das Management wies kurzherab die Angestellten an, jeden Abend die Kontrollabschnitte zum nächsten Bahnhof ohne U-Bahn-Anschluss zu transportieren. Die Sache flog auf und 20 Manager von LTS wurden wegen Betrugs entlassen.

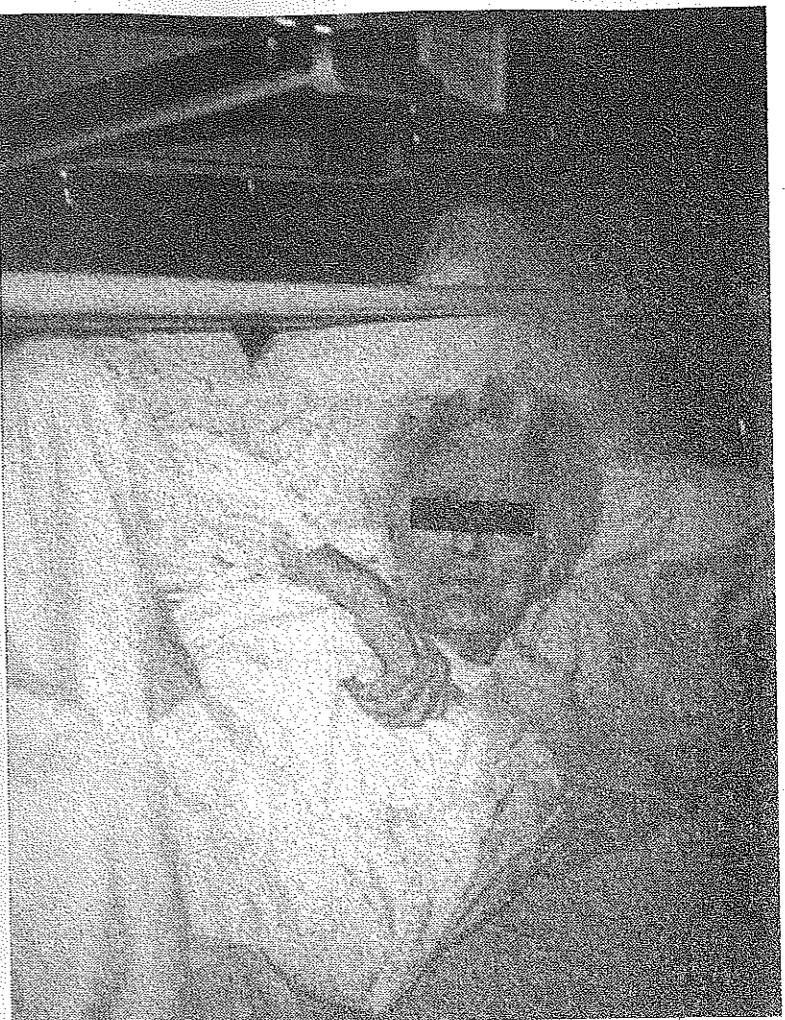
Haider auf Amerikanisch

Der Rechtsausleger der republikanischen Partei, Pat Buchanan, hat bei den Vorwahlen zum US-Präsidentenwahlkampf deutlich zugelegt und ist dem Kandidaten des republikanischen Establishment und langjährigen Senator, Bob Dole, dicht auf den Fersen. Hätte Buchanan sich bisher als christlicher Fundamentalist, Abtreibungs- und Einwanderungsgegner einen Namen gemacht, so sind seine Wahlerfolge vor allem darauf zurückzuführen, daß er sich als einziger Kandidat des Themas Niedriglöhne und Arbeitsplätze angenommen hat.

Das Wort „Arbeiterklasse“, ansonsten unerhört in den USA, geht ihm ebenso leicht über die Lippen wie Tiraden gegen Großkonzerne, Banken und Spekulanter. Die Mischung aus sozialer Demagogie und Rassismus bzw. Sexismus bekommt Zulauf mangels linker Alternativen zur US-Politikskasse.

Die Erfolge Buchanans, verbunden mit seiner Ablehnung des Freihandelsabkommens NAFTA, können den Republikanern auf ihrem Parteitag im August eine Zertreibprobe bescheren.





Mit dem vorhandenen Personalschlüssel ist der Pflegenotstand nicht zu beheben.

PARADISGARTEN Nicht akut, chronisch

„Ich lerne etwas. Art-spruchsvoll, Aufregend, anderes ... Eine Beruf, der mir Spaß macht - auch wenn er fordert. Aber ich weiß, was ich will und ich gehe den richtigen Weg ... Ich bin für Menschen da - und es ist schön, wenn man weiß, daß man gebraucht wird.“ Mit dieser Stellungnahme warben am 10. Mai 1991 in der „Zeit“ die Abteilungen für Presse und Öffentlichkeitsarbeit der katholischen Caritas und der evangelischen Diakonie unter der Überschrift: „Ich werde Altenpflegerin!“

**Jörg Blumenfeld,
Altenpfleger, 67**

In der Tat ist der Bedarf an Pflegepersonal im Gesundheitswesen groß. Dem seit Jahren fast überall beklagten Personalmangel stehen Prognosen gegenüber, die für das Jahr 2010 eine Verdoppelung des Bedarfs ankündigen. Eine von der bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebene Studie ergab im Altenpflegebereich einen Steigerungsbedarf der Vollstellen um 100%, im ambulanten Pflegedienst um 80%. Der Pflegenotstand ist nicht akut, sondern chronisch. Im Altenpflegebereich ist derzeit weniger als die Hälfte der Planstellen mit ausgebildetem Personal besetzt. In den Krankenhäusern und Altenheimen fehlen zur Zeit etwa 30.000 Pflegekräfte.

Auch in den anderen Bereichen im Gesundheitswesen sieht es ähnlich aus. In der Psychiatrie, der Haus- und Familienpflege fehlen tausende Pfleger und Pflegerinnen. Auch im Rettungswesen fehlt es an gut ausgebildeten Rettungssanitätern, was auch schon mal katastrophale Folgen haben kann.

Ein Rettungssanitäter berichtet: Der Notarzt ruft zum Hilfsanitäter, „Bring schnell eine

Macrodex“ (Infusionslösung) und derselbe schleppt den Wagenheber an. Manchmal macht sich auch ein anderes Extrem durch: Schnalpsprausbildung breit: Jeder Patientin der/die es sich gefallen lassen muß, eine Anstecknadel (Kantile) als Andenken in die Vene gepult wird. Auch Debrillatoren sind keine ungefährlichen Spielzeug-Geräte in Händen von Rettungssanitätern sind keine Seltenheit.

Ostdeutschland

Die Situation in den neuen Bundesländern sieht noch dramatischer aus. Der Pflegenotstand ist dort besonders ausgeprägt, weil viele Pflegekräfte

Der vorgeschriebene Minuten-Takt in der Pflege:	
Ankleiden	6,5 Minuten
Kämmen	0,7 Minuten
Bett machen	1,4 Minuten
Füttern	2,2 Minuten
Gespräche	3,1 Minuten
Mündpflege	2,3 Minuten
Hauptpflege	1,3 Minuten

zu den besser bezahlten Stellen in den Westen abwandern.

In der Ostberliner Charité, dem früheren Renommiertstück des staatlichen DDR-Gesundheitswesens, sind 160 Planstellen für Pflegepersonal nicht be-

setzt; der Anteil an Fachschwestern (z.B. für Anästhesie) schrumpfte in den Jahren 1990-1992 von 71 auf 6 Prozent. Nicht nur die Schwestern und Pfleger, sondern auch die Patienten bleiben weg: Seit 1991 sind die Belegzahlen rückläufig. Ähnliche Probleme haben viele Kliniken in den neuen Bundesländern. In den neuen

Bundesländern fehlen nach

sich wegen mehrfachen Mordes vor Gericht verantworten.

Die vier geschilderten Fälle sind sicherlich nur Ausnahmen. Dennoch ist Gewalt in vielen Heimen an der Tagesordnung: Im Juli 1991 mußte sich die Leiterin eines privaten Pflegeheimes in Garmisch-Partenkirchen vor Gericht verantworten: Diese hielt es für unerlässlich, unruhige alte Menschen den ganzen Tag an den Stuhl zu binden. Auch sonst trat sie ihren Bewohnern ziemlich brutal gegenüber, wobei gelegentliche Ohrfeigen noch zum Harnlosensten gehörten.

Aus dem Bericht von Hans Holzhaider in der Süddeutschen Zeitung vom 3. Juli 1991 ... wenn sich die Gerichtsreporter am Ende eines Verhandlungstages noch miteinander unterhalten, dann reden sie darüber, wie man sich wohl am sichersten das Leben nehmen könnte, falls man jemals in die Situation käme, in solch ein Altenpflegeheim eingewiesen zu werden.

Gewalt

Bedingt durch die schlechte personelle Besetzung in der Forensik wurde in einer der größten psychiatrischen Einrichtungen in Badburg-Hau mit etwa 1500 Betten Anfang der 90er ein Krankenpfleger Mordopfer, ein weiterer Pfleger wurde schwerverletzt. Den Therapeuten und Ärzten hatte der Patient schon monatelang vorher angekündigt: „Wenn ich Weihnachten keinen Freigang bekomme muß ein Pfleger daran glauben.“ Obwohl die Drohung hinfällig bekannt war, wurde die Nachwache nicht aufgestockt. Mit einem besseren Personalschlüssel hätte die Tat möglicherweise verhindert werden können.

In vielen Heimen schlägt sich der Pflegenotstand deutlich in schlechterer Pflegequalität nieder: In einem großen Pflegeheim am Niederrhein, in dem ich als Nachwache tätig bin, haben in den letzten Monaten BewohnerInnen zugenommen. Durch den knapp bemessenen Personalschlüssel und einem derzeit hohen Krankenstand sind die KollegInnen auf der Pflegestation (26 Bewohner) im Spätdienst meistens nur zu zweit. Eine ausreichende Dekubitus-Prophylaxe (teilweise stündliches Lagern) ist unter diesen Bedingungen manchmal nicht möglich.

Ausgrund der knappen personellen Besetzung, werden in unserem Pflegeheim auch auf der Gerontopsychiatrischen Station mehr Bewohner „fixiert“ (gefesselt) und „sediert“ (mit Psychopharmaka vollgestopft) als dieses eigentlich notwendig wäre. Eine persönliche Ansprache wäre sicherlich sinnvoller, ist wegen der knappen personellen Besetzung aber nicht möglich.

Pflegeversicherung

Dieses alles wird allgemein noch schlechter werden. Denn ab Januar dieses Jahres hält die Pflegeversicherung auch in den Alten- und Pflegeheimen Einzug. Für viele Bewohner heißt dies, daß sie in ihrer Pflegestufe zurückgestuft werden: von der „Schwerstpflege“ auf „erhöhte Pflege“.

Das ist natürlich für die entsprechenden Kostenträger eine enorme Geldersparnis. Denn die durchschnittlichen Pflegebeiträge für Schwerstpflegefälle betragen 165,- DM pro Tag, gegenüber 125,- DM pro Tag für erhöht Pflegebedürftige. Entsprechend neu wird auch der Personalschlüssel berech-

net: Weniger pflegebedürftige Bewohner gleich weniger Personal.

Schon jetzt ist der Personalschlüssel äußerst knapp berechnet und wird in der Praxis selten erfüllt. Zusammen mit einer weiteren Schwester habe ich im Nachtdienst 140 Bewohner im Nachtdienst 140 Bewohner 70 Schwerstpflegefälle.

Laut Personalschlüssel stehen dem Nachtdienst etwa 3,9 Pflegekräfte zu. Die Realität sieht leider ein bißchen anders aus: Maximal ein bis zwei Mal im Monat machen wir zu dritt Nachtdienst. Allerdings müssen wir dann noch zusätzliche Arbeiten verrichten, wie z.B. Tablettenausgabe für 140 Bewohner, Bettfalten schrubbten oder andere nette Putzarbeiten erledigen, für die wir normalerweise nicht zuständig sind.

Im größten städtischen Alten- und Pflegeheim in Wuppertal, dem Neviansstr. war man gewohnter. Dort hat man es genau umgekehrt gemacht: Die dort beschäftigten Raumpflegerinnen wurden kurzehand per Sondervertrag und etwas besserer Bezahlung zum Baden der BewohnerInnen eingestellt. Erst als das Polit-Magazin MONITOR und DER SPIEGEL darüber berichteten, wurde wieder reguläres Pflegepersonal eingesetzt.

Der damalige Stationsleiter - später in einem anderen Heim mein Pflegeleitungsleiter - berichtete mir in einem persönlichen Gespräch von noch ganz anderen haarsträubenden Dingen: So mußten Wuppertaler Sozialhilfe-Empfänger in diesem besagten Heim für 1,50 DM die Stunde Zwangsdienst leisten. „Arbeit statt Sozialhilfe“ nennt sich dieses Programm.

Die gleiche Einrichtung fiel schon in früheren Jahren negativ auf: Um den Pflegenotstand zu beheben, stellte man seinerzeit 32 philippinische Hebammen ein. Mit einem Sechswöchigen-Lehrgang in der Fremdsprache Deutsch wurden sie zur Unterstützung des übrigen Pflegepersonals geschickt.

Personalschlüssel

Zur Zeit wird versucht, den Mangel an Pflegepersonal

und Gesundheitspolitik auf dem Pflegektor allenthalben lindern. Weder gibt es ausländisches Pflegepersonal in genügender Anzahl, noch ist sicher, wie lange eine ausländische Schwester dann auch in Deutschland bleiben wird.

Ein neues Problem bereitet den Krankenhäusern das seit Anfang des Jahres auch für sie geltende Arbeitszeitgesetz. Stellen die Krankenhäuser nicht erheblich mehr Personal ein, sind sie auch weiterhin gezwungen, gegen dieses Gesetz zu verstößen, wie schon bisher. Diese Auffassung vertritt die „Ständige Konferenz“ von 30 Berufsverbänden des Gesundheitswesens unter Leitung der Deutschen Angestellten Gewerkschaft DAG und der Ärztervereinigung Marburger Bund. Mit dem vorhandenen Personalschlüssel ist der Pflegenotstand nicht zu beheben. Damit die Pflege nicht kollabiert, muß für folgende Forderungen gekämpft werden:

★ Ein neuer, leistungsgerechter Tarifvertrag. Weg mit dem letzten Tarifvertrag von 1992, durch den eine Schwester je nach Eingruppierung in ihren letzten 20 Dienstjahren 82.000 bis 179.000 DM weniger verdient im Vergleich zu gleichgestellten Angestellten im öffentlichen Dienst. Als erster Schritt: pauschal 500 DM netto monatlich mehr für alle in der Pflege Beschäftigten.

★ Erstellung eines neuen Personalschlüssels. Der letzte Personalschlüssel ist fast noch identisch mit dem von 1969. Darum: Ein Personalschlüssel im gesamten Pflegebereich, der sich an den gewandelten Pflegebedürftissen alter, kranker und behinderter Menschen orientiert und der durch Vertreter von Gewerkschaften, Beschäftigten erarbeitet wird.

★ Einführung der 5-Tage-Woche in der Pflege

★ Bessere Arbeitsbedingungen, d.h.

- keine berufsfernden Tätigkeiten
- eine bundesweit einheitliche Altenpflegeausbildung
- bessere Möglichkeiten zur weiteren Qualifizierung; nach Abschluß der dreijährigen Pflegeausbildung Möglichkeit der Aufnahme eines Hochschulstu-



Zwei Pflegekräfte für 140 Personen sind keine Seltenheit.

diums durch drei Maßnahmen zu beheben: neuerlicher Import ausländischer Krankenschwestern, eine Verschiebung von Pflegepersonal von Ost nach West und die vermehrte Einstellung von ungelernten Hilfskräften auf Schwessterplansstellen.

Allen Maßnahmen ist gemein, daß sie auf einem rein quantitativen Ansatz beruhen. Die offenen Planstellen in den Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen werden, gleichgültig mit wem und in welcher Qualifikation. Die Integration ausländischer Schwestern und Pfleger kann die gravierenden Probleme der deutschen Sozial-

Greenpeace: Märtyrer und Öko-Marketing

Brent Spar, Mururoa, die Verleihung der Goldenen Kamera – alle sind im Greenpeace-Fieber. Wäre Greenpeace eine Partei, so würden nach Umfragen 60% in der BRD Greenpeace wählen. Dies drückt in erster Linie die Unzufriedenheit mit den vorhandenen Parteien aus. Es zeigt aber auch, daß eine deutliche Mehrheit ein radikales Eintreten für Umweltschutz unterstützt, sei es gegen die Profitgier von Konzernen oder gegen den Größenwahn von Regierungen.

Stephan Kimmerele, Stuttgart, Öko-Analyst

Am deutlichsten wurde dies bei der geplanten Versenkung der Ölplattform Brent Spar. Schlachten mit Hübschraubern und Wasserwerfern zwischen Greenpeace und dem Shell-Konzern, dem ein britisches Kriegsschiff zur Seite stand, wurden täglich über alle Medien verbreitet. Entscheidend für den Rückzieher von Shell waren die Boykotte, vor allem in Dänemark, den Niederlanden und der BRD. Ohne daß Greenpeace offen zum Boykott aufgerufen hätte, gingen die Umsätze an Shell-Tankstellen um bis zu 50% zurück. Jugendliche besetzten Shell-Tankstellen, um sie vorübergehend still zu legen. Shell mußte sich diesem Druck beugen, obwohl er mit einem Umsatz von 210 Mrd. DM (1994) der größte Öl-Gewinn ist und mit 9 Mrd. DM Unernahmen an den Börsen weltweit darstellt.

Greenpeace räumte später ein, daß die Angaben über giftige Stoffe auf der Brent Spar zu hoch waren und entschuldigte sich sogar beim Shell-Konzern. Diese Entschuldigung war wohl daneben: Ohne Greenpeace und die Boykottwelle wären dann eben etwas weniger Gifte in die Nordsee gekommen. Weiter verpestet worden wäre sie auf jeden Fall. Solange das Geschäftsgeheimnis Grobkonzepte davor schützt, ihre umweltfeindlichen Praktiken offenzulegen, bleibt der Kampf gegen Umwelzerstörung ein Hase-und-Igel-Spiel mit klarem Verlierer. Statt Entschuldigungen sollte das Ende dieser Verschleierungstaktik gefordert werden.

Atomtests

Weniger erfolgreich waren die Greenpeace-Aktionen gegen die Atomtests im Südpazifik. Die Umsetzung der Kampagne-Planer lief vor Ort schief, so daß die Greenpeace-Schiffe sehr schnell vom französischen Militär geentert wurden.

Leider erkannte Greenpeace nicht, was in der Kampagne gegen die Versenkung der Brent Spar den Ausschlag gegeben hätte und was hier hätte helfen können: Greenpeace kalkuliert zwar immer eine möglichst gute Öffentlichkeitsarbeit mit ein. Doch Massen zu mobilisieren und die Bewegung weiterzutreiben, versäumte Greenpeace.

Möglich gewesen wäre z.B.



Anti-Atomtest-Kundgebung im Hafen von Auckland, Neuseeland: Hier sprengte der französische Geheimdienst vor elf Jahren das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ in die Luft. Ein Journalist wurde getötet.

die enorme Unterstützung der arbeitenden Menschen und der Jugendlichen zu nutzen, um weitere Demos bis hin zu Streiks für die Unabhängigkeit Polynesiens und gegen weitere Atomtests zu führen. Greenpeace hätte mittlerweile die Autorität und das Vertrauen, um solche Kampagne erfolgreich durchzusetzen. Aktionen vor Ort, wie in Mururoa, könnten dabei Hilfen sein. Massenbewegungen aufzubauen. Greenpeace nimmt dies nicht wahr.

„Mehrheitsentscheidungen haben mit Demokratie nichts zu tun.“

Thilo Bode, Geschäftsführer von Greenpeace International

Startdessen reagiert Greenpeace auf Kritik recht allergisch: Ulrich Jürgens, Direktor bei Greenpeace für internationale Kampagnen, kritisierte die Aktivitäten im Südpazifik öffentlich. Daraufhin mußte er gehen.

Schon früher mußte der Umweltwissenschaftler Uexküll seinen Vorstandsposten bei Greenpeace räumen, da er die undurchsichtige Praxis bei der Mittelvergabe für Ökoprojekte öffentlich kritisiert hätte. Dies alles wirft dann ein etwas anderes Licht auf Greenpeace. Es steht die Frage im Raum, was sich hinter „Greenpeace“ verbirgt.

Arbeitsfelder

Greenpeace entstand 1970 in Vancouver, Kanada, aus verschiedenen Kampagne-Organisationen und entwickelte aus diesen Kampagnen heraus vier Hauptarbeitsfelder: Zum einen der Kampf gegen Atomtests, gegen die Nutzung der Atomenergie überhaupt und für alternative Energien.

Zum zweiten die Erhaltung der Artenvielfalt. Dies begann mit dem Schutz der Wale. Heute umfaßt dieser Bereich auch den Schutz der Regenwälder und anderer ökologischer Systeme.

Der dritte Bereich richtet sich gegen die Chemie-Konzerne vor

allem in den Industriestaaten und die von ihnen verursachten Zerstörungen von Boden, Gewässern und der Luft. Schornsteine wurden besätigen, Gewässerproben entnommen usw. Das vierte Arbeitsfeld von Greenpeace stellt der Klimaschutz dar. Mit Plakativwänden „Alle reden vom Klima, wir tun nichts es“ wurden z.B. die Vorsitzenden von Hoesch und Kali-Chemie geoutet.

Mit dem Wachstum von Greenpeace wuchs auch die Zahl der Gegner. Die Regierung Frankreichs - seit 72 wegen der Atomtest auf Mururoa im Visier von Greenpeace - schlugen zurück. Am 10. Juli 85 verurteilte der französische Geheimdienst das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ vor der neuseeländischen Stadt Auckland. Ein Fotograf kam dabei ums Leben.

Greenpeace verfügte mit der Zeit über genügend finanzielle Mittel, um selbst einige umweltfreundliche Modellprojekte zu starten: 1990, wurde ein Clean-Tech-Fahrad entwickelt. Es folgte ein Kühlschranks ohne FCKW/EKW (Ozon-schichtkiller), der auf dem Markt sehr erfolgreich war.

Ein Knick bei der wachsenden Unterstützung und bei den Spenden kam erst 1991. In den USA verlor Greenpeace vor allem wegen der Opposition zum Golfkrieg Sympathien, den sie vor allem als ökologisches Fiasko anprangerten. Entscheidend war jedoch, daß Greenpeace genauer betrachtet wurde und dabei einiges ans Licht kam. Greenpeace wurden undernormale Strukturen vorgeworfen.

Mittlerweile hat Greenpeace Sektionen in 32 Ländern. Mitbestimmen dürfen 1994 aber nur 11, nämlich laut Statut nur die elfenigen Sektionen, die 25% ihrer Einnahmen an Greenpeace International abführt.

Seit September 1995 ist Thilo

Bode Geschäftsführer der Greenpeace International. Er soll international wiederholen, was er als Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland vollbrachte: Die Sanierung des etwas angeschlagenen Öko-Unternehmens Greenpeace. Dafür bekam er schon von Greenpeace Deutschland ein Managergehalt von 120.000 DM im Jahr.

Demokratie à la Greenpeace

Greenpeace Deutschland wurde 1980 gegründet und hat heute 111 Beschäftigte. Greenpeace hat einiges an Rücklagen: 3 Mio DM jährlich fließen als Zinsen aus dem angelegten Kapital an Greenpeace. Gepflegt wird zur Zeit eine „Greencard“, eine Kreditkarte, bei der automatisch immer ein gewisser Teil des Umsatzes Greenpeace zugute kommt. Gemeinsam mit anderen Organisationen wurde eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die eine Umweltlotterie betreiben soll. Nebenher läuft über Lizenzgebühren pro-

Greenpeace verfügte mit der Zeit über genügend finanzielle Mittel, um selbst einige umweltfreundliche Modellprojekte zu starten: 1990, wurde ein Clean-Tech-Fahrad entwickelt. Es folgte ein Kühlschranks ohne FCKW/EKW (Ozon-schichtkiller), der auf dem Markt sehr erfolgreich war. Ein Knick bei der wachsenden Unterstützung und bei den Spenden kam erst 1991. In den USA verlor Greenpeace vor allem wegen der Opposition zum Golfkrieg Sympathien, den sie vor allem als ökologisches Fiasko anprangerten. Entscheidend war jedoch, daß Greenpeace genauer betrachtet wurde und dabei einiges ans Licht kam. Greenpeace wurden undernormale Strukturen vorgeworfen.

Mittlerweile hat Greenpeace Sektionen in 32 Ländern. Mitbestimmen dürfen 1994 aber nur 11, nämlich laut Statut nur die elfenigen Sektionen, die 25% ihrer Einnahmen an Greenpeace International abführt. Seit September 1995 ist Thilo



Bitterfelder Giftmüll für die „Dritte Welt“. Greenpeace-Aktivisten verhindern mehrfach Giftmüll-Transporte.

Merchandising, ähnlich wie bei Fußballclubs: Poster, Buttons, Bücher und Cassetten mit dem Aufdruck „Greenpeace“ brachten 1994 immerhin 15,8 Mio DM ein. Schon 1982 spaltete sich Robin Wood ab, da die Greenpeace-Strukturen als undemokratisch empfunden wurden. Heu-

te hat Greenpeace in Deutschland 507.000 Fördermitglieder und 36 (angestrebt werden 40) Mitglieder, die den Vorstand (im Greenpeace-Jargon „Aufsichtsrat“ genannt) wählen und entscheiden. In 80 Gruppen unterstützen sich Greenpeaceunterstützer in ganz Deutschland, um die Beschlüsse des „Aufsichtsrates“ umzusetzen. Fördermitglieder dürfen 50,- (ermäßig 30,-) bezahlen und bekommen dafür die Greenpeace-Zeitung. Sonst hat die halbe Million Greenpeace-Fördermitglieder nichts zu sagen.

Dies wird mit der nötigen Effektivität und dem Schutz vor Unterwanderung begründet. Thilo Bode meinte dazu, daß „Mehrheitsentscheidungen mit Demokratie nichts zu tun“ hätten (TV-Interview in „ZAK“, August 95) und sich Greenpeace „effektiv und nicht rein demokratisch wie eine Partei“ organisieren müsse (September 95 in der „Zeit“) - nicht mal so „demokratisch“ wie die heutigen Parteien?

Stellvertreterpolitik

Daß eine Umweltschutzorganisation schlagkräftig sein muß, wenn sie gegen Grobkonzepte etwas bewegen will, ist unbestritten. Dazu gehört auch eine gewisse straffe Struktur, die Geheimhaltung von Plänen und die Bündelung aller Kräfte der Organisation. Das schließt aber nicht aus, daß davon, bei der Entscheidung darüber, welche Schwerpunkte gewählt werden, wer die Verantwortung dafür tragen soll usw., demokratisch darüber diskutiert und abgestimmt wird.

Dabei könnte das Wissen, die Ideen und die Bereitschaft von 500.000 bisher nur „Fördermitgliedern“ und unzähligen Sympathisanten genutzt werden. Daß dies nicht geschieht, macht ein Mißtrauen der Greenpeace-Spitze und den arbeitenden Menschen und den Jugendlichen gegenüber deutlich: Sie werden zwar bei der Öffentlichkeitsarbeit als Publi-

derzeit ändern oder ganz abbrechen. Greenpeace betreibt im Großen und Ganzen Stellvertreterpolitik. Der Eindruck wird vermittelt, als ob irgendwelche Kämpfer als Retter der Welt kommen können, ansatz deutlich zu machen, daß die arbeitende Bevölkerung weltweit selbst aktiv werden muß, um die drohende Zerstörung der Welt zu verhindern. Diese Politik schwächt den Kampf gegen die Umwelzerstörung, indem sie nicht alle mögliche Ressourcen ausschöpft. So geht auch Zeit verloren, die wir nicht mehr haben.

Greenpeace versucht, ökologische Produkte im Rahmen der Marktwirtschaft voranzutreiben. Zusammen mit einer asiatischen Firma soll ein 3-1-Auto auf den Markt gebracht werden. Geplant wird auch die Gründung der Greenpeace Technology GmbH, um Forschungen im Interesse der Umwelt voranzutreiben. Daß Greenpeace nicht auf bessere Zeiten wartet, sondern etwas tut, ist gut.

Das Problem liegt oft nur zum geringeren Teil an der Forschung. Die technischen Möglichkeiten, z.B. alle AKW's abzuschalten, den öffentlichen Verkehr auszubauen oder ökologisch sinnvollere und langlebige Produkte zu produzieren, gibt es aber bereits jetzt.

Daß dies nicht geschieht, liegt an den Profitinteressen der Herrschenden. Sie entscheiden über die Produktion. Die Konkurrenz zwingt sie dabei dazu, so viel wie möglich an Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Dadurch werden die Produkte günstiger, der Verkauf besser und ihre Profite - und das ist entscheidend - höher. Die Aktivitäten von Greenpeace führen höchstens zu einem Öko-Konzern, der sich früher oder später durch den Druck der Konkurrenz die Hände genauso schmutzig machen muß und sein sauberes Image verliert.

In Bezug auf den Umgang mit den Beschäftigten hat Greenpeace dieses saubere Image schon verloren: Um Kosten zu sparen, wurden zwischen 92 und 95 unter dem Deckmantel des Tendenzschutzes unsanfte Entlassungen durchgezogen.

Weitere Entwicklung

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird die weltweite Konkurrenz verschärfen - auf Kosten der Umwelt. Mit den Argumenten, daß Arbeitsplätze verloren gehen würden und der Standort in Gefahr sei, werden alle ökologischen Grenzwerte und Errungenschaften in Frage gestellt werden.

Das bisherige Verhalten der Greenpeace-Manager läßt darauf schließen, daß sie dem Weg der Grünen folgen wollen, und das heutige System nicht infrage stellen werden. Trotzdem sind bei Greenpeace viele Aktivitäten, die bereit sind, enorme Opfer zu bringen, um die drohenden Öko-Katastrophen zu verhindern. Bei Greenpeace selbst wird es krachen.

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 178 März 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Inhalt	
Vulkan-Krise	S. 3
NPT-Besetzung	S. 3
Renten	S. 2
Pflegenotstand	S. 8
Zur Politik von Greenpeace	S. 9



Für den Erhalt aller Arbeitsplätze auf den Werften!

Wochenlang werden die Belegschaften der einzelnen Vulkan-Betriebe jetzt schon hingehalten und zermüht. Öffentliche Subventionen sind versichert, einzelne Sündenböcke werden aufgebaut, keiner weiß was genau es steht fest: der größte Werteverbund Deutschlands soll unter Führung der Banken - allen voran die Commerzbank - zer schlagen werden.

Schließung der letzten beiden Werften bedeuten, daß die Arbeitslosigkeit von derzeit 20 Prozent auf über 30 Prozent hochschnellt.

SAV-Ortsgruppe Bremen

Ein gemeinsamer Kampf aller Standorte ist jetzt nötig, die Arbeiter dürfen sich nicht spalten lassen, nach „maroden Betrieben“ und „Perlen“, oder „Wessis“ und „Ossis“.

Die Werften wurden mit Milliarden Steuergeldern subventioniert. Eigentlich gehören sie schon den Arbeitern und der arbeitenden Bevölkerung. Ein-gesetzter Manager, die niemand demokratisch gewählt hat, ent-

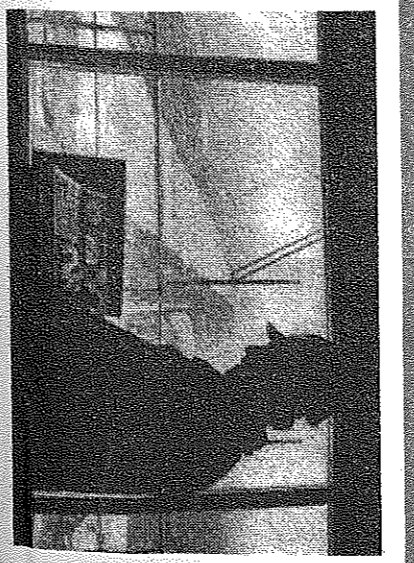
scheiden über die Zukunft der Region. Demokratie endet vor dem Weksior.

Darum schlagen wir folgendes Programm vor:

- ★ Sofortige Übernahme des Vulkan-Verbandes in Gemeineigentum. Entschädigung nur für Kleinkreditor. Streichung der Bankschulden.
- ★ Entlassung des gesamten Vorstands, des Aufsichtsrats und des Vergleichsverwalters.
- ★ Übernahme der Verwaltung und Kontrolle aller Vulkan-Betriebe durch demokratisch gewählte Gremien von Belegschaften, Gewerkschaften und Landesvertretern. Keine Privat-

legen für diese Vertreter. Stattdessen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit.

- ★ Erhalt aller Arbeitsplätze und Standorte.
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Übernahme aller Azubis.
- ★ Überführung der gesamten Wertindustrie in Gemeineigentum und demokratische Aufstellung eines Produktionsplans für Schiffneubau und modernisierung.
- ★ Schluß mit der Diktatur der Banken: Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle.



Solidarität ist nötig!

Die SAV ist in Bremen und Rostock aktiv und versucht, den Kollegen mit praktischer Solidarität und Vorschlägen zu helfen. Ein Solidaritätskomitee „Rettet die Werften, rettet die Stadt“ wurde gegründet. Schickt Solidaritätsresolutionen an die Wertarbeiter (über SAV-Fax 0471/447547) und an die Belegschaft der Vulkan-Tochter Neptun Techno-Product (Fax 0471/39560), die ihren Betrieb besetzt hat (siehe Seite 3).

Wer nicht kämpft, hat schon verloren!



Die Betriebsräte und die IG-Metall-Vertreter im Aufsichtsrat haben den Kurs der Vulkan-Spitze und des Senats in den letzten Jahren mitgetragen, den Arbeitern Beruhigungsspielen gegeben und den Arbeitsplatzabbau als unvermeidlich dargestellt.

Jetzt darf es kein Abwarten und Abwiegen mehr geben. Worauf soll man jetzt noch warten? Als die Belegschaft der HDW-Werft 1983 ihre Wert besetzte, gab sie den Spruch aus: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Symbolische Aktionen wie Torbesetzungen reichen längst nicht mehr, es ist bereits 5 nach 12. Daher schlagen wir vor: ★ Besetzung aller Vulkan-Betriebe.

um so den Kampf an der Küste mit einem klaren Ziel zu unterstützen. Auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 1995 wurde als Ziel der IG Metall wieder beschlossen: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.“ (Paragraf 2, Absatz 4 der Satzung)

Nur unter großem Druck wird die Regierung gezwungen werden können, den Vulkan zu verstaatlichen. Aber wenn die Betriebe besetzt werden und die Küste „brennt“, werden sich die hohen Herren in Bonn und Brüssel dreimal überlegen, ob sie eine soziale Explosion wie in Frankreich in Kauf nehmen.